

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie für sämtliche Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich exklusive
Postgebühren.
Eingangsnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Vertrieb: Anstalt Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einseitige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertaten-Aannahme
bis 1/20 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 17.

Bielefeld, Donnerstag, 21. Januar 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

Die Wohlstandsentwicklung und das arbeitende Volk.

Die umfangreiche Denkschrift des Reichsschatzmeisters zu den Finanzreform-Vorlagen, mit deren Hauptinhalt wir uns schon im vorigen Jahre beschäftigt haben, ist nicht nur von einer sehr tiefen und merkwürdigen Tendenz. Durch die teilweise statistischen Darlegungen soll der Beweis dafür erbracht werden, daß die Wohlstandsentwicklung Deutschlands eine höhere steuerliche Belastung zugunsten des Reichsfiskus — es handelt sich bekanntlich um die Summe von circa 500 Millionen Mark neuer Steuern — als vollkommen unbedenklich erscheinen läßt. Es wird da demonstriert: Das Volkvermögen und das jährliche Volkseinkommen sind im letzten Menschenalter enorm gewachsen; der öffentliche Kredit und der Kapitalmarkt, das Sparwesen, die Mobiliar- und Immobilienversicherung, die Gewerbetätigkeit, die Produktions- und Konsumtionskraft, der Außenhandel usw. haben sich sehr stark entwickelt — ergo, können schädliche Einwirkungen gegen neue Steuern gar nicht eintreten.

Einer der nationalökonomischen und finanzpolitischen Gewährsmänner, auf die das Reichsschatzamt sich beruft, Herr Arnold Steinmann-Bucher, steht in einer Schrift „Zur Reichsfinanzreform“ (Berlin, Deutscher Verlag) auseinander, daß der Stand unserer Staats- und Reichsfinanzen der günstigen Vermögenslage des deutschen Volkes nicht entspreche. Wir sind reicher als wir bisher geglaubt haben. Der Autor berechnet das Volkvermögen auf weit über 370 Milliarden und sagt, was gegenüber diesem Vermögen eine Staatsverschuldung von 20 Milliarden und gegenüber einem Volkseinkommen von jährlich über 35 Milliarden eine Steuererhöhung von 500 Millionen bedeute. Eine „kleine“ Steuer, die gar nicht ins Gewicht fällt! Auf der Grundlage der Bevölkerungszunahme will er „einen besonders ermutigenden Ausblick in die Zukunft“ gewinnen lassen. Nüchtern prophezeit er, daß wir um die Mitte des Jahrhunderts bei einer Bevölkerung von vielleicht 96 Millionen ein Volkseinkommen von gegen 900 Milliarden haben würden. Und dann ist das goldene Zeitalter da! Dann mögen Frankreich und Großbritannien „verjuchsen, es uns gleich zu tun“. Also, deutsches Volk, übernehme mit Freuden die dir zugeordneten neuen Steuerlasten, und hinterdrein natürlich noch viel mehr!

Man darf billig fragen über die Nützlichkeit solcher Kalkulationen, die Wohlstandsentwicklung für sich nicht in Anspruch nehmen kann. Sie und auch die ganze Art und Weise, wie die Denkschrift des Reichsschatzmeisters sich der Statistik bedient, um die Wohlstandsentwicklung des deutschen Volkes darzutun und daraus höchst willkürliche steuerpolitische Schlüsse zu ziehen, erinnern an den Ausruf des französischen Staatsmannes Talleyrand: „Es gibt drei Lügen: die gemeine Lüge, die Notlüge und die Statistilüge.“ Wir wissen den Wert und die Bedeutung der Statistik gewiss zu würdigen als die Wissenschaft, welche die Wahrheit in Zahlen festzustellen hat. Aber sie kann durch falsche und tendenziöse Anwendung der Zahlen, durch Mißbrauch zur Lüge werden und der Täuschung als Stütze dienen. Das ist der Fall bei den Verjuchungen, aus allgemeinen Nachweisungen über die Wohlstandsentwicklung den Beweis zu gewinnen, daß es unbedenklich sei, neue und höhere indirekte Steuern, die den Massenkonsum treffen, also vorzugsweise die arbeitenden Klassen belasten, einzuführen.

Für die Zwecke unserer Reichsfinanzkünstler wird nichts damit bewiesen, wenn sie in offiziellen Denkschriften uns sagen, um wie viel in einem Menschenalter das Volkvermögen und das Volkseinkommen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktion und Konsumkraft der Nation zugenommen haben. Die Frage ist: ob und in welchem Maße die um Lohn und Brot, um ihre wirtschaftliche Existenz schwer schaffenden und ringenden Massen der Bevölkerung an der Wohlstandsentwicklung partizipieren, wie viel von der Vermehrung des Volkseinkommens und Volkseinkommens auf sie entfällt.

Fassen wir hier die lohnarbeitende Klasse besonders ins Auge. Zugunsten ist ohne weiteres, daß von der Wohlstandsentwicklung auch sie etwas profitiert hat. Verschiedene Faktoren und Umstände haben eine Erhebung der Lebenshaltung, wenn nicht der ganzen Klasse, so doch großer Schichten derselben bewirkt. Nicht vergeblich hat die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft im Grunde mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen das Elend geführt. Es ist nicht eine willkürliche Annahme, sondern nachweisbare Tatsache, daß alle die schweren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kämpfe, welche diese Arbeiterkraft in der letzten Jahrzehnte hindurch geführt hat, in ihrer Gesamtwirkung von relativ erheblichem günstigen Einfluß auf die Lage der ganzen Klasse gewesen sind. Viel Elend und Not ist durch diese Kämpfe beseitigt oder gemildert worden. Auch muß man zugeben, daß die sozialpolitische Gesetzgebung, so unzureichend sie auch sein mag, einigermaßen der Verelendung Abbruch tut. Und übrigens unterliegt es für uns gar keinem Zweifel, daß die wirtschaftliche Entwicklung an sich, die ohne Steigerung des Massenkonsums gar nicht möglich ist, im Laufe einer gewissen Zeit ein Emporheben der Arbeiterklasse auf eine höhere Kulturstufe mitbewirkt. Die Verbesserung des Einkommens, die Erhebung der durchschnittlichen Lebenshaltung großer Schichten der Arbeiterklasse, sind offensichtliche Tatsachen. Es wäre schlimm, wenn dem nicht so wäre!

Über alles das läßt sich vernünftigerweise gar nicht streiten. Aber man übersehe nicht, daß die Arbeiter Deutschlands es doch nur erst zu höchst bescheidenen Anfängen in der Verbesserung ihrer Lage gebracht haben, daß der Wohlstandszuwachs, der auf sie entfällt, als ein sehr geringer erscheint gegenüber dem, der in den statistischen Zahlen, betreffend die Zunahme des Volkseinkommens und Volkseinkommens im ganzen zum Ausdruck kommt. Wenn auch die Masse der Armen und Unbemittelten nicht ärmer geworden ist, so sind die Reichen ganz gewiß sehr viel reicher geworden. Den Völkernanteil an der Wohlstandsentwicklung haben sie. Noch hat die übergroße Masse der Lohnarbeiter und lohnigen proletarischen Existenzen im Deutschen Reich ein Jahreseinkommen von unter 900 Mark, das sich allerdings im Reiche sehr ungleich verteilt. Wie, das ist ungeheißer zu ermessen nach einer Berechnung des Durchschnittseinkommens für mehrere Staaten, die der Nationalökonom Dr. Leo Reitzel angestellt hat. Da finden wir als Durchschnittseinkommen der zum Vergleich gewählten Jahre 1895 und 1905: im agrarischen Preußen 313 Mk. resp. 408 Mk., im industriellen Sachsen 483 Mk. resp. 589 Mk., und in den Handelsstaaten

Bremen und Hamburg: 627 Mk. und 710 Mk. resp. 738 Mk. und 842 Mk. Es sind das Stichproben, die für die bunte Vielgestaltigkeit des deutschen Wirtschaftslebens und die Verschiedenheit der Einkommens- und Wohlstandsverhältnisse und ihrer Entwicklung im Reiche charakteristisch sein dürften.

Das Durchschnittseinkommen ist also in den hier erwähnten Bundesstaaten gestiegen, auch in Baden, Hessen und Oldenburg, während für Bayern, Württemberg und Elsaß-Lothringen zuverlässige Berechnungen nicht vorliegen und eine Anzahl der kleinsten Staaten eine ungünstige Entwicklung aufweisen.

Anzunehmen, daß — wie Herr Sydow und seine Leute es tun — mit dem Steigen des durchschnittlichen Einkommens unbedingt auch eine Verbesserung der durchschnittlichen Lebenshaltung Hand in Hand geht, ist völlig verfehlt. Was auch für die Beurteilung der Wohlstandsverhältnisse eines Landes die Kenntnis vom Durchschnittseinkommen, wenn man das „Auskommen“ der großen Masse der Bevölkerung unberücksichtigt macht, zu machen, reichen die Berechnungen des „Durchschnittseinkommens“ in der Sydowschen Denkschrift bei weitem nicht aus; mit dem größten Teile dieser Berechnungen ist nichts anzufangen. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, sie seien geradezu auf Irreführung berechnet. Jedenfalls können sie vor strenger Nachprüfung nicht bestehen. Aus Interessententreiben werden sie energig empfohlen. So z. B. wird von jedem jährl. Durchschnittseinkommen folgende Erklärung:

„Deutschlands Reichverbraucher erscheint im dritten Teile der Denkschriftenbandes in einem so falschen Lichte, daß, auch im Interesse der deutschen Landwirtschaft, ein Widerspruch unabwendbar ist. Das Reichsschatzamt ist dort hinsichtlich des Verbrauches von Fleisch in Deutschland auf ganz falschem Ergebnis gelangt. Man darf zum Beispiel nicht zu den in Deutschland erfolgten Schlachtungen auch noch die Einfuhr lebenden Viehes hinzurechnen, weil diese Einfuhr, soweit sie in den Verbrauch von Fleisch übergeht, doch schon in den Zahlen der geschlachteten Tiere enthalten ist.“

Und wenn es richtig wäre, was die Denkschrift behauptet, daß einschließlich des Konsums an Wild der Fleischkonsum etwa 55 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung erreichte, so wäre doch immer noch zu fragen, wie viel davon von diesem Konsum auf den Kopf der Masse der „kleinen Leute“, der Lohnarbeiter usw. entfällt. Man zeige uns die Arbeiterfamilie von fünf Köpfen, die in der Lage ist, jährlich 5 x 55 = 275 Kilogramm oder 550 Pfund Fleisch, die 300—400 Mk. kosten, zu konsumieren. Auch die Masse der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden, der kleinen Beamten und Bauern können sich solch einen Fleischkonsum nicht leisten.

Es geht die Berechnungen des Verbrauchs an Brot, Getreide und Kartoffeln, sowie von Genusmitteln, Bier, Zucker, Tabak, Kolonialwaren „pro Kopf der Bevölkerung“ sehr weit hinaus über den tatsächlichen Konsum der arbeitenden Massen. Wenn die Denkschrift uns z. B. lehrt, daß auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 392 Kilogramm Kartoffeln und 17 Kilogramm Zucker kommen, so würde es doch geradezu absurd sein, daraus nun zu folgern, daß eine proletarische Familie von fünf Köpfen 2660 Kilogramm Kartoffeln und 85 Kilogramm Zucker konsumiert.

Wenn, wie wir oben bemerkten, große Schichten der Arbeiterklasse zu einer Erhebung ihres Einkommens und damit zu einer Verbesserung ihrer Lebenshaltung gelangt sind, so darf doch nicht außer Betracht gelassen werden, daß diese Verbesserung zum Teil wieder aufgehoben worden ist durch die der agrarischen Schutzpolitik zu dankende erhebliche Steigerung der Preise der wichtigsten Nahrungsmittel, sowie durch die Verteuerung der Kleidung, der Nahrung und der Heizung. Da kommt ein Mehr des Einkommens für die Erhebung der Lebenshaltung gar nicht mehr in Betracht. Die gesteigerten Preise verdrängen das Mehr und wirken überdem noch in der Richtung einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Massen.

Reich, Staat und Gemeinde sehen sich genötigt, ihren Beamten Steuererhöhungen zu gewähren, bzw. in Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung die Gehälter zu erhöhen. Und die Lohnarbeiter müssen ganz selbstverständlich, um einer Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zu entgehen, mit aller Kraft auf eine Steigerung ihres Arbeitseinkommens hinwirken.

Gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen, unter denen das arbeitende Volk lebt, die uns erkennen lassen, daß es noch weit davon entfernt ist, einer wirklich guten und sicheren Lebenshaltung sich zu erfreuen, verlagert das Sydowsche Spiel mit den Zahlen, welche die Vermehrung des Volkseinkommens und Volkseinkommens darstellt. Von jeder Erhebung des Einkommens, die der Arbeiter, Beamte usw. erreicht, fordert der Agrarismus durch Erhöhung des Lebensmittelpreises, das Grubenherrentum durch Steigerung der Kohlenpreise, das städtische Grund- und Hausbesitzertum durch Steigerung der Mieten usw. seinen Tribut.

Daß unter diesen Umständen den arbeitenden Massen von der Wohlstandsentwicklung herzlich wenig zugute kommt, daß sie hauptsächlich der Förderung des Wohlstandes der Besitzenden dienen müssen, liegt auf der Hand.

Das sind allerdings „nur“ allgemeine Wahrheiten. Aber sie beweisen mehr und anderes als die Sydowsche Denkschrift mit ihren statistischen Tabellen beweisen kann und will. Soweit bei der Wohlstandsentwicklung Deutschlands die arbeitenden Massen in Betracht kommen, sind sie wahrlich nicht zu gestellt, daß man sie, ohne schweres Unrecht zu begehen, mit neuen Steuern belasten könnte.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Im Reichstag war gestern Schwerinstag, es kam der sozialdemokratische Antrag auf reichsgesetzliche Regelung des Vertragsverhältnisses der landlichen Arbeiter zur Verhandlung. Wegen Stoffandranges können wir den Bericht erst morgen bringen.

Preussische Sparankette. Am 20. Januar des preussischen Kultusministeriums werden 5000 Mark als Entschädigung für den Überprüfungsbesuch der Provinz Brandenburg verlangt zur Befreiung der Kosten für ein Absteigequartier, das er in einem Hotel am Potsdamer Platz hat. Begründet wird diese Forderung damit, daß der in Potsdam wohnende Oberpräsident in seiner Eigenschaft als Präsident des Provinzial-Schulkollegiums etwa 30mal im Jahre zu Sitzungen nach Berlin fahren muß. Der Oberpräsident würde also für jede solche Reise nach Berlin nicht weniger als 165 Mark bekommen. Dabei ist es durchaus

nicht nötig, daß er in Berlin übernachtet; denn nach Potsdam gehen auch in später Nachtstunden noch Züge, und die Sitzungen des Provinzial-Schulkollegiums finden ganz gewiß nicht zu mitternächtlicher Stunde statt. Es ist doch geradezu unerhört, mit dem Gelde der Steuerzahler in solch unverantwortlicher Weise umzugehen.

Der mißverständliche Bernhard. Der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben gab in der Sitzung des preussischen Landtages vom Mittwoch die Erklärung ab, daß der Reichsanwalt nicht an ein neues Sozialistengesetz denke. Seine Rede vom Dienstag sei ganz falsch ausgelegt worden. Unser Korrespondent hat sie sofort richtig ausgelegt. Wir werden Rheinbabens Rede mit dem Landtagsbericht morgen bringen.

Zur Haftentlassung Liebknechts. Die Geschäftsordnungs-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat über den sozialdemokratischen Antrag, den Abg. Dr. Liebknecht zwecks Ausübung seines Mandates aus der Haftentlassung zu entlassen, jenen Bericht an das Plenum erstattet. Die Kommission beantragt Ablehnung des Antrages und führt zur Motivierung ihres Antrages aus, daß der Artikel 84 der Verfassung Liebknecht nicht aus der Haft entlassen dürfe, da es sich um eine Straftat handle, die er ohnedies noch vor seiner Wahl angetreten habe. Eine Resolution, die dahin ginge, der Verfassung eine Bestimmung zu geben, die es den Abgeordneten ermöglicht, auch bei einer Straftat ihr Mandat auszuüben, wurde zurückgezogen, soll aber im Plenum wieder eingebracht werden.

Falsche Zahlen. Die Denkschriften zur Reichsfinanzreform werden, soweit sie Zahlenmaterial bieten, immer wertvoller. Das „Berliner Tageblatt“ hat herausgefunden, daß auch über die Materialbeiträge ganz verschiedene Zahlen angegeben sind. In der zuletzt erschienenen Zusammenfassung werden die Materialbeiträge für die Jahre 1872 bis 1878 mit 452,5 Mill. berechnet, während sie in Wirklichkeit nach einer schon vorher erfolgten amtlichen Feststellung 434,6 Millionen betragen haben. Unter dem Bestreben, dem Reichstage recht viel Material zu bieten, hat die Qualität dieses Materials ganz außerordentlich gelitten.

Ein Boykott der deutschen Ostafrika-Linie. Die Zander im Deutsch-Ostafrika drohen der deutschen Ostafrika-Linie mit dem Boykott. Als Grund wird angegeben, daß den reichen indischen Kaufleuten die Benutzung der ersten Klasse auf den Dampfern der Bombo-Linie nicht gestattet wird. Die Zander haben nun beschloffen, alle Waren zu boykottieren, die auf Dampfern der Ostafrikalinie nach Dar-es-Salaam gebracht werden. Ob sich die Sache so verhält, muß allerdings erst abgewartet werden. Die Nachricht entzündet die „National-Zeitung“ und ist mit einem heftigen Ausfall gegen den Freiherrn von Rechenberg, den Gouverneur von Ostafrika, verknüpft. — Man weiß nun, daß schon seit längerer Zeit in Kolonialkreisen das Bestreben sich geltend macht, den Freiherrn von Rechenberg von seinem Posten zu entfernen. Man behauptet, sein freundliches Verhalten gegen die Neger schade dem Ansehen der deutschen Anführer. In Wirklichkeit soll Freiherr von Rechenberg der unverdächtige Ausübung der Neger einigermaßen entgegengetreten sein und daraus begreift sich der Haß, mit dem er von Anfeindern und Kolonial-Interessenten verfolgt wird.

Zur Wahlrechtsdemonstration in Dresden. Dresden, 19. Januar. Die Berichterstattung der bürgerlichen Blätter über die Wahlrechtsdemonstration in Dresden enthält viele Unwahrheiten. Es wird z. B. angegeben, die Demonstranten hätten die Polizisten mit Schirmen und Stöben angegriffen. Wie uns von mehreren Augenscheinern berichtet wird, widerspricht dies den Tatsachen. Die Demonstranten befanden sich noch einige Schritte von der Polizei entfernt, als diese plötzlich blank zog und dann auf die Masse losbrach. Ferner wurde berichtet, daß ein Polizeioberinspektor schwer verwundet sei. Dies ist auch nicht wahr. Die Schaulente erlitten nur einige leichte Verletzungen, die sie sich ebenjenseit selbst durch Unvorsichtigkeit beigebracht haben können. Es ist auffallend, daß die Zeitungsredaktionen von den Unterbeamten der Polizei schlecht behandelt worden sind, und als sie Hilfe leisten wollten, scharf zurückgedrängt wurden. Dem Sozialisten, dem die Hand verletzt wurde, muß wahrscheinlich der Daumen abgenommen werden. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter sollen im ganzen 26 Verhaftungen vorgenommen sein, von denen 2 freigelassen wurden. Verwundet sind im ganzen etwa 20 Demonstranten, davon 6—8 schwer.

Ein neues Landtags-Dilemma in Sachsen. In dem Entwurf über die Entschädigung an die Landtagsabgeordneten ist vorgesehen, daß eine Pauschsumme von 3000 Mark für die Session gezahlt wird. Die Summe wird in verschiedenen Raten, ähnlich wie beim Reichstage, ausbezahlt; die Mitglieder, die am Orte der Tagung, also in Dresden, wohnen, erhalten die Hälfte der Summe. — Für jede verläumte Sitzung werden 15 Mark, für die in Dresden wohnenden Mitglieder die Hälfte abgezogen.

Das sächsische Landtagswahlrecht. Dresden, 20. Januar. Das neue sächsische Landtagswahlrecht wurde heute von der ersten Kammer ohne Debatte angenommen.

Die Altkatholiken boykottieren! Der Altkatholische Verband macht wieder einmal von sich reden, indem er den Boykott proklamiert gegen alles aus Bitten stammende Bier. Er behauptet, daß alle Bitteren Bierbrauereien den Tischen weinliche Anwendungen gemacht haben.

Wir registrieren dies nur deshalb, weil der Boykott immer als verwerflich hingestellt wird, wenn ihn unterdrückte und gequälte Arbeiter anwenden. Sonst dürfte sich allerdings wohl kaum jemand durch den altkatholischen Bannstrahl irgendwie beeinflussen lassen.

Der Ausbruch der Stichwahl in Siegen. Ist zum großen Leidwesen der Antisemiten dadurch völlig unsicher geworden, daß das Zentrum seinen Anhängern die Wahl freigab. Bei der niederträchtigen Stumpfheit der Antisemiten ist es sehr leicht möglich, daß die Mehrzahl der Zentrumswähler ihre Stimme dem nationalliberalen Kandidaten gibt, um so mehr, als es Arbeiter sind, die auf den Eigentümern Mumm durchaus nicht gut zu sprechen sind.

Bürgerliche Blätter bringen die Nachricht, daß die Sozialdemokraten im Siegener Wahlkreis für den Nationalliberalen und gegen den christlichsozialen Kandidaten stimmen würden. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat bereits am 15. Januar Anweisung auf strikte Wahlenthaltung gegeben.

409

Sonntag, 1. Jan. 1900. Seine ...

Wahlkreis zur Folge. Auch über diesen Punkt wurde darum ...
Am 11. Wahlbezirk der Stadt Herford sind — wie der ...
An die Präfektur der Wahlmänner im äußersten Ostteil ...
Daß die Konservativen über diese Art Wahlmänner ihrer ...
Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Mandat des Abgeordneten ...
* **Wahl, 20. Januar.** Die Wähler und der Protokoll ...
* **Wahl, 19. Jan.** Die Mitgliederversammlung ...

Schmar, 20. Jan. Feuer. Ein Hohenbrand entstand ...
* **Obernkirchen, 20. Jan.** Von der Krise auf der Glasfabrik ...

Vermischtes.

Ein Attentat auf den Schwager. Berlin, 20. Jan. Der ...
* **aus der „Mohnschnecken Wildnis“ entflohen.** ...
* **Wegen Ermordung verurteilt.** Frankfurt, 19. Jan. ...
* **Angelschiff.** München, 20. Januar. In Wiffelfing ...
* **Wieder einmal der Raubmörder Sternfeld gefaßt?** ...
* **Eine Latzine.** Innsbruck, 20. Jan. In der Nähe von ...
* **Angelschiff.** Budapest, 20. Jan. Bei der Station ...
* **Aus dem Erdbebengebiet.** Rom, 20. Jan. Der Polizeiausschuss ...
* **Falsche Postanweisungen.** Paris, 19. Jan. Die Polizei ...

Schuldigen eine Halle gestellt. Der Leiter des Blattes „Guerre ...
* **U. C. Die Anwendung des Schiffschiffes in der Schiffsahrt** ...

Letzte Nachrichten.

Berlin, 20. Jan. In die Kommission zur Beratung der ...
* **Dresden, 21. Jan.** Das Landgericht Dresden verurteilte den ...
* **London, 21. Jan.** Aus Flamborough wird gemeldet, daß ...
* **Petersburg, 21. Jan.** Der Reichsstatistikinspektor Schmidt ...
* **Smirna, 21. Jan.** Hier und in anderen Orten der Kleinasien ...
* **New York, 21. Jan.** Wie aus Chicago gemeldet wird, brach ...

Sensationell!

Wir offerieren einen ganzen Lagerbestand hochfeiner
Tuch-Unterröcke
aus nur guten und besten Tuchstoffen in aparten Ausführungen
für die Hälfte des Wertes!

Der
Inventur-Verkauf
in
Damen-Konfektion
Mädchen-Konfektion
Knaben-Konfektion
etc.
dauert noch fort.
Ein Posten
Manchester-Anzüge
braun, solide Qualität, Blusenform,
für 3-5 6-8 9-12 Jahre
475 650 775

Alsberg.

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 17.

Bielefeld, Donnerstag, 21. Januar 1909.

20. Jahrg.

Bielefelder Stadtverordnetenversammlung

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden Stadtv. Bohmeyer als erster, Stadtv. Bod als zweiter Vorsitzender ohne Gegenkandidaten, und Stadtv. Niemann als zweiter Schriftführer durch Akklamation wiedergewählt.

In die Finanzkommission wurden die Stadtv. Niemann, Stelhorn, Didermann, Seering wieder, und Stadtv. Niemann an Stelle des Stadtrat gewordenen Modersohn neu gewählt.

Bei Punkt 6, Neuwahl eines Mitgliedes des Theaterausschusses, verlangt der Stadtv. Hoffmann, daß auch der sozialdemokratischen Fraktion eine Vertretung gegeben wird, er verlange nicht, daß die Rechte auf einen ihrer Vertreter verzichte, ebenso wenig verlange er von dem freisinnigen Vertreter in der Kommission, daß er zurücktrete. Man könne ja die Zahl der Theaterauschussmitglieder von 3 auf 5 erhöhen. Auf eine Vermehrung des Ausschusses erklärte er, daß er eine Vergrößerung von der rechten Seite erwarte. Eine solche Vergrößerung erfolgt aber nicht. Stadtv. Niemann wird als Mitglied des Theaterausschusses wiedergewählt.

Zu Punkt 8: Wahl von 5 Mitgliedern in den Ausschuss zur Entscheidung über die Einführung in Gemäßheit des § 16 der Wertzuwachssteuer liegt ein Schreiben des Haus- und Grundbesitzervereins vor, in dem die Stadtverordneten gebeten werden, die Herren Schornsteinfegermeister Tilo und Uhrmacher Kleitberg in den Ausschuss zu wählen.

Stadtv. Bod fragt an, wie man den Wert der Grundstücke festgesetzt habe, die weniger wie 6000 Mk. wert waren und deshalb zur Ergänzungsteuer nicht herangezogen worden seien.

Beigeordneter Törner erklärt, ein derartiger Fall sei ihm noch nicht vorgekommen. Es komme ja auch nicht darauf an, ob das Grundstück 6000 Mk. wert sei, sondern darauf, wie hoch das Gesamtvermögen des betreffenden Grundbesitzers sei.

Stadtv. Cremer: Die Erregung in der Bürgerchaft wegen der Bewertung der Grundstücke ist groß. Die Einführung der Grundsteuer für die Vermögenssteuer im Jahre 1901 sei eine so niedrige, daß sie nicht als Grundlage für die Berechnung des Wertzuwachses dienen könne.

Beigeordneter Törner: Man darf wohl annehmen, daß damals die Veranlagungskommission zur Ergänzungsteuer die Grundstücke ziemlich niedrig eingeschätzt hat. Daß sich die betreffenden Grundbesitzer damals nicht gemeldet haben, ist ja erklärlich. Wir haben dennoch diese Grundstücke gewählt, weil sie die einzige war, die uns aus dieser Zeit zur Verfügung stand. Die Fristen zur Einsicht und Reklamation sind ja sehr lang bemessen. Ich nehme an, daß wir uns mit den meisten Grundbesitzern verständigen werden, ohne daß die Kommission zu entscheiden braucht. An Entgegenkommen gegenüber den Reklamierenden soll es nicht fehlen. Die Kommission, so heißt es in unserer Wertzuwachssteuerordnung, entscheidet endgültig.

Der Minister hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Oberverwaltungsgericht entschieden hat, der Rechtsweg könne nicht ausgeschloffen werden. Ob das Oberverwaltungsgericht bei dieser Rechtsprechung stehen bleiben wird, dafür läßt sich natürlich keine Garantie übernehmen.

Stadtv. Niemann: Sehr vielen Bürgern wird es sehr schwer sein, bis zum 16. März ihre Reklamationen mit Material beizubringen, weil die Taxatoren infolge der großen Zahl der Reklamationen sehr viel zu tun haben. Es sollte genügen, wenn der Einspruch bis zum 16. März erfolge, die nötigen Nachweise aber nachgeliefert würden.

Beigeordneter Törner erklärt, daß auch er es für genügend halte, wenn die Reklamationen bis zum 16. März angebracht würden. Die Begründung könnte dann nachträglich erfolgen.

Stadtv. Hövener: Die kleinen Besitzer haben zum Teil von der Wertzuwachssteuer keine Kenntnis. Sie verwechseln sie mit der Gebäudesteuer. Häufig wissen sie gar nicht, was Wertzuwachs ist. Man sollte aus der Unkenntnis dieser Leute kein Kapital schlagen und sich deshalb nicht unbedingt an die Fristen binden. Bisher haben erst drei Fünftel der Hausbesitzer die Listen eingesehen.

Beigeordneter Törner: Eine Veränderung der Fristen kann nicht stattfinden. Sollten sich später besondere Härten herausstellen, so haben wir immer noch die Möglichkeit, etwas nachzulassen. Uebrigens ist ein sehr großer Prozentsatz der Hausbesitzer dagewesen und hat Einsicht in die Listen genommen. In die Kommission werden die Stadtv. Hövener, Garremann, Klarborn, Karmeyer und Herr Schornsteinfegermeister Tilo gewählt.

Unter Punkt 10 teilt Oberbürgermeister Bunnemann mit, daß durch eine Polizeiverordnung die Mindestliegezeit für Leichen von 15 auf 25 Jahre erhöht worden sei. Dementprechend müßte auch die Friedhofsordnung geändert werden. Wenn die Angehörigen eine Verlängerung der Liegezeit wünschen, so sollte diese von nun ab um 25 statt wie bisher um 15 Jahre verlängert werden. Deshalb sei aber auch eine Erhöhung der bisherigen Gebühren auf das Vierfache vorgezogen.

Die vorgeschlagene Veränderung der Friedhofsordnung wird angenommen.

Als 12. Punkt steht auf der Tagesordnung Genehmigung einer Schaftkonzeptionssteuerordnung. Hierzu liegt ein Schreiben des Gastwirtvereins vor. Es wird darin gebeten, nicht sofort über die Steuerordnung Beschluß zu fassen. Die Steuer sei sehr überraschend gekommen, und die Gastwirte hätten noch keine Zeit gehabt, darüber zu beraten.

Beigeordneter Törner begründet die Vorlage. (Die Begründung zur Vorlage ist bereits gestern von uns abgedruckt worden.)

Stadtv. Klasing: Wir halten die Steuer für zweckmäßig und gerecht und sind bereit, sie anzunehmen. Eine Kommissionsberatung ist nicht erforderlich. Die Sache ist so einfach und so klar, daß man die Steuerordnung ohne weiteres annehmen oder ablehnen kann. Ich habe anfanglich Bedenken gehabt, ob es zweckmäßig sei, die alkoholfreien Wirtschaften zu belasten. Ich habe aber erfahren, daß eine ganze Reihe von alkoholfreien Wirtschaften errichtet werden, deren Besitzer danach streben, die Konzession zu bekommen. Die Belastung solcher alkoholfreier Wirtschaften sei allerdings nicht wünschenswert. Es sei neuerdings häufig vorgekommen, daß Brannterzeuger und andere Privatpersonen selbst als Eigentümer von Wirtschaften auftreten und in diese Vertreter einziehen. Das würde möglicherweise die Erhebung der Steuer erschweren. Es gibt aber auch hier einen Ausweg, um die Leute zu treffen. Man müßte genau untersuchen, ob nicht eine Verpachtung vorliegt. Mit großem Nachdruck möchte ich hier in den Vordergrund stellen, daß es sich hier nicht in erster Reihe um Eröffnung einer neuen Einnahmequelle handeln soll. Es müßte hier der finanzielle Hintergrund des sozialpolitischen Gesichtspunktes in den Vordergrund treten. Es sollten nicht etwa nach Annahme der Steuer mehr Wirtschaften konfiszieren werden, damit man einen hohen Ertrag bekomme. Allerdings muß ich zugeben, daß schon die Steuer selbst einer Verwertung der Wirtschaften entgegenwirken wird.

Stadtv. Frankenstein: Wir stimmen prinzipiell auch dafür, sind aber der Meinung, daß die Bestimmungen der Vor-

lage noch einer eingehenden Beratung bedürfen. Deshalb scheint uns eine Beratung der Vorlage in einer Kommission angebracht. Der Anspruch des Biervereins scheint uns durchaus berechtigt. Wenn durch eine Steuer ein bestimmter Gewerbezweig so einschneidend getroffen wird, so muß man den Betroffenen auch Gelegenheit geben, sich dazu zu äußern. Ich beantrage deshalb, die Steuer an die durch drei Stadtverordnete verstärkte Finanzkommission zu überweisen, und dieser erweiterten Kommission das Recht zu erteilen, Sachverständige aus Wirtschaftskreisen zuzulassen.

Stadtv. Hoffmann: Ich kann mich mit den Ausführungen des Vorredners, soweit sie eine Ueberweisung an eine Kommission verlangen, nur einverstanden erklären. Zweifelloso hat die Steuer auf den ersten Blick etwas sehr sympathisches. Wenn man aber näher eindringt, so sieht man, daß man nicht so schnell damit fertig werden kann. Besonders hat es mich gewundert, wie schnell Herr Klasing mit der Frage der Besteuerung der alkoholfreien Wirtschaften fertig geworden ist. Wenn man eine Steuer einem besonderen Stand auferlegt, so ist das ungerade, es sei denn, daß dieser Stand privilegiert ist. Bei den alkoholfreien Wirtschaften wird aber die Privilegierung nicht geprüft, diese Konzession muß an jeden anständigen Menschen verliehen werden. Deshalb kann bei den alkoholfreien Wirtschaften von einem Privileg nicht die Rede sein, und deshalb dürfen diese unter keinen Umständen von der Steuer getroffen werden. Was nun die wirklich Privilegierten angeht, so kann man die Frage aufwerfen: Ist nicht die Zeit für die Steuer schon verpaßt? Die Einnahmen aus der Steuer werden minimal sein. Und wenn nicht mehr dabei heraus kommt, so sollte man doch eine solche Umwälzung nicht machen. Gerade dieser voraussichtlich geringe Ertrag der Steuer scheint mir die Verührung dazu in sich zu bergen, daß mehr Konzessionen verliehen werden. Herr Törner hat sich mit der Frage beschäftigt, ob man nur die neuen Wirtschaften besteuern sollte. Damit mache man den alten Besitzern ein Geschenk, das sich nicht rechtfertigen lasse. Der alte Besitzer hat erst, wenn er verkauft, die Steuer zu tragen. Es ist nun aber dabei zu bedenken, ob nicht dadurch Leute, die eine Wirtschaft gern verkaufen möchten, veranlaßt werden, sie länger zu behalten. Den alten Wirtschaften wird beim Verkauf eine Last auferlegt, die ungerecht ist. Die Wirtschaften sind teilweise so teuer gekauft, daß die Konzession schon über ihren Wert bezahlt ist. Wer trägt nun die Konzessionssteuer? Diese wird nicht von dem neuen Konzessionsinhaber getragen, sondern von dem Verkäufer. Wenn er nun den Wert der Konzession selbst bezahlt hat und ihm beim Verkauf die Steuer davon in Abzug gebracht wird, so liegt darin doch eine große Ungerechtigkeit.

Daraus, daß man unter allen Umständen eine Ungerechtigkeit begeht, kann man ersehen, daß der Zeitpunkt für die Einführung der Steuer verpaßt ist. Jedenfalls ist mir die Meinung, daß einer Beschlußfassung über die Steuerordnung eine Beratung in der Kommission vorgezogen muß.

Stadtv. Klasing ist, da die Linke es wünscht, mit der Kommissionsberatung einverstanden, meint aber, es sei in der Finanzkommission bereits eine Beratung der Steuerordnung erfolgt, worauf Stadtv. Hoffmann erwidert, daß eine wirkliche Beratung nicht stattgefunden habe.

Stadtv. Dr. Holtemeyer: Die Vorlage in der jetzigen Fassung wird für das Wirtschaftsgewerbe eine sehr schwere Belastung mit sich bringen. Ich glaube nicht, daß dieses die Belastung noch tragen kann, da es schon so vielfach belastet ist. Viele von den Paragraphen der Vorlage scheinen auch mir so unklar, daß auch ich nicht umhin kann, die Kommissionsberatung zu empfehlen.

Stadtv. Klasing ist gegen die Zugiehung von Sachverständigen aus Wirtschaftskreisen. Die Werte sind nicht besonders sachverständig, sie sind nur Objekte der Besteuerung. Es ist bisher nicht üblich gewesen, die Interessenten heranzuziehen. Wir haben bei der Wertzuwachssteuer auch nicht Vertreter des Grundbesitzervereins vorgelassen.

Stadtv. Frankenstein zieht nun seinen Antrag zurück und empfiehlt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 5 Mitgliedern.

Letzterer Antrag wird angenommen.

In die Kommission werden die Stadtv. Frankenstein, Hoffmann, Niemann, Niemann und Stelhorn gewählt.

Als Punkt 25 steht auf der Tagesordnung Zustimmung zu dem Bau eines Stallgebäudes nebst Wagenremise auf dem freien Platz neben der Feuerwache zwischen Deerpforte und Kaiser-Wilhelm-Platz und Veranlagung der in den Haushaltsplan für 1909 einzutragenden Kosten von 12.000 Mk.

Bürgermeister Stabenhorst: Heute haben wir für die Brandwache ein Dreirad. Aber durch das Treiben dieses Rades werden die Feuerwehrenten oft so angestiegen, daß sie gar nicht löschen können, wenn sie an der Brandstätte angelangt sind. Wir haben deshalb beschlossen, uns ein mit Pferden bespanntes Fahrzeug anzuschaffen. Wir sind an die Versicherungsgesellschaften, die in unserer Stadt Versicherungen abgeschlossen haben, herangetreten mit dem Ersuchen, uns die Mittel für einen Wagen zur Verfügung zu stellen. Wir zweifeln nicht daran, daß sie unserem Wunsch nachkommen werden, denn sie haben ein Interesse an einer möglichst guten Ausrüstung der Feuerwehr. Für das Fahrzeug brauchen wir aber auch eine Remise und Ställe. Ein Fuhrunternehmer will uns 4 Pferde bereitstellen, wofür wir jährlich 3000 Mk. zu zahlen haben würden. Wir wollen die Pferde nicht nur für den Feuerlöschwagen, sondern auch für die Krankenwagen und den Gefangenentransportwagen verwenden. Wir wollen uns auch einen geschlossenen Wagen für zu entfernende Gegenstände anschaffen. Wir brauchen deshalb ein Gebäude, in dem wir all dieses unterbringen können. In der Remise soll auch der Entschadungslokal aufgestellt werden. Die Kosten des geplanten Gebäudes werden sich nach einem Vorschlag des Bauamts auf 12.000 Mk. belaufen. Die Kosten für zwei Fuhrleute, die auch der Unternehmer stellen will, belaufen sich pro Jahr auf 2400 Mk., rechnet man dazu die 3000 Mk. für die Pferde, und 720 Mk. für Verzinzung und Amortisation des Gebäudes, so macht das 6120 Mk. Jetzt bezahlen wir für Pferde 2500 und für die Einstellung des Wagens 500 Mk. Wir würden also dann eine jährliche Mehrausgabe von 3000 Mk. haben. Wir glauben aber, daß die entstehenden Vorteile so groß sind, daß sie die Mehrausgaben rechtfertigen.

Der Antrag des Magistrats wird angenommen.

Der übrige Teil der Tagesordnung wird entsprechend den Anträgen des Magistrats ohne wesentliche Debatte erledigt.

In der auf die öffentliche Sitzung folgenden geheimen Sitzung wurde beschloffen, Wilhelm II. zu der Dreihundert-Jahrfeier der Ingegründung Wielschels zu Brandenburg einzuladen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten dagegen, weil sie der Meinung sind, daß wir uns nicht durch Steuern aufzubringendes Geld zu anderen Zwecken besser verwenden können, als zu Festlichkeiten.

Die deutschen Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuer.

Berlin, 19. Januar.

Am Dienstag wurde die Debatte über das Referat v. Elm fortgesetzt. Von den sozialdemokratischen Reichstags-

abgeordneten sind heute anwesend Binder, Frohme und Böhle.

Hugo Herrmann-Berlin schildert den schädlichen Einfluß der Banderolensteuer auf die Berliner Zigarettenindustrie. Berlin ist für die Zigarettenindustrie, was Hamburg und Bremen für die Zigarrenindustrie. In Berlin wurde die beste Handarbeit in Zigaretten angefertigt. Vor Einführung der Banderolensteuer gab es in Berlin wenig oder gar keine Maschinen. Heute wird in fast allen Betrieben mit Maschinen gearbeitet. Während vor Einführung der Banderolensteuer nur 3 bis 4 Zigarettenmaschinen in Berlin vorhanden waren, sind jetzt 30 Maschinen in Zigarettenfabriken beschäftigt. Eine Fabrik, die vor 6-8 Jahren mit vier Arbeitern anfang, hatte es bis auf 40 Arbeiter gebracht. Nachdem die Banderolensteuer in Kraft getreten war, ließ die Fabrik nur halbe Tage arbeiten und reduzierte ihre Arbeiterzahl auf 18. An Stelle der übrigen Arbeiter trat die Maschine in Tätigkeit. So ist es in fast allen Betrieben. Vor Einführung der Banderolensteuer beschäftigte die Berliner Zigarettenindustrie etwa 2000 Arbeiter, davon waren 1500-1600 Handarbeiter, der Rest Hilfsarbeiter. Die Regierung behauptet, die Zahl der Zigarettenarbeiter habe nach der Banderolensteuer zugenommen. Das Gegenteil ist der Fall. In Berlin gibt es heute nur 1600-1800 Zigarettenarbeiter, davon sind 900-1000 Handarbeiter, die übrigen Hilfsarbeiter. Die Abnahme der Arbeiterzahl ist eine unmittelbare Folge der Banderolensteuer. Es kommt immer darauf hinaus, daß die Arbeiter die Kosten jeder neuen Tabaksteuer tragen müssen. Darum sagen wir: Nieder mit dieser Vorlage!

Lehmann-Frankenberg (Sachsen) berichtet, daß in Frankenberg 1300 Zigarrenarbeiter beschäftigt sind, nämlich 224 männliche und 1130 weibliche. Die Löhne sind überaus niedrig. Der durchschnittliche Jahresverdienst der männlichen Arbeiter beträgt etwas über 600 Mk., der der weiblichen etwa 400 Mk. Es gibt in Frankenberg 700-800 Heimarbeiterinnen, die in elenden, unzureichenden Wohnungen hausen und arbeiten. Ihre Löhne sind ganz besonders niedrig, die Arbeitszeit beträgt 8 bis 16 Stunden. Die Annahme der Steuervorlage würde das Elend der Heimarbeiter ins Unglaubliche steigern. Arbeitslosigkeit würde eintreten, die Gemeinde würde infolgedessen durch Steuerausfall und Armenunterstützung belastet werden. Wir haben deshalb den Stadtrat ersucht, beim Reichstage um Ablehnung der Steuer zu petitionieren, aber der Stadtrat hat unter Gesicht nicht einmal beantwortet. Wenn nicht die Lage der Tabakarbeiter bedenklich verwickelt werden soll, dann muß jede Art der Steuererhöhung abgelehnt werden.

Wenzel-Dresden gibt eine Darstellung der Lage der sächsischen Tabakarbeiter. In Sachsen gibt es circa 20.000 in der Tabakindustrie beschäftigte Personen, davon sind die Hälfte Heimarbeiter. Die Löhne sind durchweg sehr niedrig, am schlechtesten in den Tabakindustriestädten des Erzgebirges. Aber selbst in Dresden, wo im allgemeinen bessere Löhne bestehen, ist die Lage der Tabakarbeiter eine elende. Die Erhöhung der Steuer würde die Lage noch weiter verschlechtern. Darum wehren wir uns mit der größten Entschiedenheit gegen jede Mehrbelastung des Tabaks. Wenn trotz alledem der Reichstag die Tabaksteuervorlage annehmen sollte, dann müßte jeder Tabakarbeiter ein Hundstott sein, der nicht dazu beiträgt, daß bei den nächsten Reichstagswahlen Abgeordnete gewählt werden, welche sich als wahre Volksvertreter fühlen.

Daßelberg-Ottensen verbreitet sich an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials über die Lage der Tabakarbeiter in Nordwestdeutschland. Die Verhältnisse sind hier nach der 1879 in Kraft getretenen Tabaksteuer ungemein schlecht geworden. Erst in den letzten Jahren gelang es der gewerkschaftlichen Organisation, die Lage der Arbeiter wieder etwas zu heben. Die niedrigsten Löhne werden in Mecklenburg gezahlt. Etwas besser sind sie in Schleswig-Holstein, aber auch hier gibt es Orte, wo nur 9 Mk. pro Mille gezahlt werden. Unter 23 Orten in Schleswig-Holstein gibt es 6, wo die Löhne der Tabakarbeiter noch unter dem amtlich festgestellten ortsüblichen Tagelohn stehen. Trotz der Verlegung der Industrie nach Süddeutschland können wir in vielen nordwestlichen Orten der Tabakindustrie ein langsames Steigen der Löhne beobachten, ein Erfolg unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit. Wenn die Regierung durch ihre Steuerforderungen mit rauher Faust in diese langsame Entwicklung eingreift, dann müssen alle unsere Erfolge, die wir in jahrelangen Kämpfen errungen haben, wieder verloren gehen. Für die Zigarettenindustrie in Hamburg-Altona trifft im allgemeinen daselbe zu, was aus Berlin berichtet wurde. Besonders schlecht ist die Lage der Hilfsarbeiter. Wo früher dauernde Arbeit zu finden war, da tritt jetzt Bestehen der Zigaretten-Banderolensteuer häufige Arbeitslosigkeit ein. Die Zigarettenindustrie in Hamburg-Ottensen ist fast nur Heimarbeiter, mit der das ganze bekannte Elend der Heimarbeiter Hand in Hand geht. Es gibt dort 320 Zigarrenarbeiter, die mit ihrer Frau zusammen noch nicht 20 Mk. wöchentlich verdienen, ja es kommen sogar Löhne unter 15 Mk. vor. Nur unter günstigen Umständen verdient ein Arbeiter mit seiner Frau zusammen wöchentlich 23 Mk. Wird die Steuervorlage angenommen, so werden viele Arbeiter nicht mehr in der Lage sein, ihre Familien zu ernähren. Wir haben also guten Grund, gegen die Steuererhöhung zu protestieren und uns mit aller Kraft gegen dieselbe zu wehren.

Der Vorsitzende Börner verliest einen Brief, den der Abgeordnete Pauli-Bosdam an den Zigarettenfabrikanten Pieper in Spandau geschrieben hat. Herr Pauli erklärt, daß die Regierung Steuererhöhungen brauche, daß dazu Artikel des Massenfortums, also auch der Tabak, sehr geeignet seien, aber wenn durch die Erhöhung der Tabaksteuer eine Schädigung der Arbeiter zu befürchten sei, dann werden Herr Pauli und seine politischen Freunde gegen die Vorlage stimmen.

Thomas-Altona verweist unter anderem darauf, daß sich die Regierung auf den höheren Ertrag beruft, den England aus dem Tabak zieht. Aber die Regierung bedenkt nicht, daß die englischen Tabakarbeiter bedeutend besser leben wie die deutschen, weil ja England keine Protzölle erhebt. Die deutsche Regierung betrachtet ja die Arbeiter nur als Objekt der Gesetzgebung, sie nimmt keine Rücksicht darauf, daß sich die Lage der Arbeiter verschlechtern muß, wenn solche Steuerforderungen, wie die vorliegenden, bewilligt werden. Keine andere Industrie wird so anhaltend und schwer benachteiligt wie die Tabakindustrie. Dadurch wird natürlich auch die Vervielfachung der Arbeiter verhindert. Jetzt sind ja die Fabrikanten in der Befähigung der Steuervorlage eins mit den Arbeitern. Sollte aber die Vorlage angenommen werden, dann aber werden die Fabrikanten versuchen, die Folgen der neuen Steuer den Arbeitern am eigenen Leibe fühlbar zu machen durch Lohnherabsetzungen. In jedem Falle sind es also die Arbeiter, welche den neuen Steuerdruck zu tragen haben. Die Regierung rechnet mit einem Rückgang des Tabakfortums. Eine einsichtige Regierung würde es sich zur Aufgabe machen, den Konsum in jeder Hinsicht zu heben. Das läge im Interesse der Volkswirtschaft.

Der Vorsitzende Daßelberg verliest ein Schreiben des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Lind, welches besagt, daß sich Herr Lind hinsichtlich seiner Stellung zur Tabaksteuer nicht binden will, seiner Meinung nach müßte der Tabak zur höheren Besteuerung herangezogen werden, aber in anderer Form als der Banderolensteuer.

Müller-Ratibor berichtet über die dortigen Verhältnisse und werdet sich gegen die Fabrikanten, welche die Agitation der Arbeiter gegen die Steuervorlage nicht unterstützt haben. Die

Arbeiter könnten nicht aufstehen, wie sie langsam abgeschlachtet werden, deshalb besaßen sie jede Mehrbelastung des Tabaks. Blagmeyer (Düsseldorf): Neben den Bremern und Hamburgern haben die Tabakarbeiter bei uns am schwersten unter der Tabakbelastung von 1879 zu leiden gehabt. Bei der jetzigen Protestbewegung war erst ein christlicher Vertreter in unserer Kommission, zog sich aber dann zurück unter dem Vorwand, daß die Christen selbst eine Protestbewegung organisieren wollten, wovon man bis jetzt aber nichts bemerkt hat. Der liberale Abgeordnete de Wente hat sich zwar gegen die Banderolsteuer erklärt, ist aber offenbar für Gewichtssteuer zu haben. Wir hatten ihn am eine Aussprache ersucht. Als er kürlich eines Nachmittags in Düsseldorf war, teilte er mit, daß er bereit sei, die Kommission zu empfangen, aber innerhalb 20 Minuten abzuheilen. Selbstverständlich konnte unsere Kommission nicht in so kurzer Zeit zusammenkommen, um vielleicht ein paar Minuten mit dem Herrn zu reden. Offenbar war ihm auch nichts daran gelegen.

Wesler (Hannover): Bei uns lassen die Fabrikanten jetzt nicht mehr arbeiten, als sie für den Markt brauchen. Unter Ort hat 800 Einwohner und 550 von ihnen leben von der Tabakindustrie. Es gibt hier nur kleine und mittlere Fabrikanten, die nicht das nötige Kapital haben, um, wenn die Vorlage Gesetz wird, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Ein Fabrikant sagte mir: „Ja, wären wir nur bei der letzten Wahl vorpflichtig gewesen, hätten wir jetzt nur 100 oder 150 Sozialdemokraten oder unzuverlässige Abgeordnete im Reichstag, dann wäre unsere Existenz nicht bedroht.“

Haerling (Lage) (Weistal): In unserem Ort ist nur Kleinbetrieb. Es werden meist nur 5-10 Zigarren angefertigt. Kommt die neue Steuer, so wird sie bei uns die Industrie vollständig vernichten. Unter den wichtigsten Kollegen sind nicht weniger als neun Krüppel. Es ist schier unmöglich, daß sie sich einen anderen Beruf verschaffen.

Schmidt (Soest): In den kleinen Städten, die ich zu vertreten habe, wird die Tabakindustrie schon jetzt allmählich verdrängt. Um so mehr ist es empörend, daß die Handelskammer in Münster, in der das Zentrum dominiert, erklärt, daß die neue Belastung der Tabakindustrie die Gesundheit fördere. Mein Vater war Augenarzt dafür, wie das Goll- und Steuerergesetz von 1879 gewirkt hat. Viele Tabakarbeiter gingen damals elend zugrunde. Es kam dahin, daß manche sich mit Pansefallen etwas zu verdienen suchten. Die Wirkungen, die wir von der neuen Vorlage zu erwarten haben, werden noch viel schlimmer sein, zumal die Lebenshaltung viel teurer geworden ist. Der Abgeordnete Wiedberg (Hannover) hat sich gegen jede Steuererhöhung erklärt, der Abgeordnete Schwarze (Lippstadt) glaubt jedoch, daß sich aus dem Tabak wohl noch etwas heraus schlagen lasse. Sie sind beide Zentrumsmänner.

Krause (Lage) (Weistal): In unserem Orte von 3000 Einwohnern sind 700 Tabakarbeiter, unter ihnen auch manche Rentempfänger, die mit ihrer Rente unmöglich auskommen können. Kleine Kinder müssen mitarbeiten. Wir haben die Fragebogen wieder ausgelegt, mit denen unsere Kollegen 1879 zur Abwehr der damaligen Steuer zu gelangen suchten; das neue Belastung des Tabaks durchgeführt wurde, hat zur Folge gehabt, daß so mancher Tabakarbeiter allzu früh ins Grab gerufen ist.

Deichmann (Bremen, Vorsitzender des Tabakarbeiterverbandes, schildert die traurigen Verhältnisse, die schon jetzt in der Tabakindustrie herrschen. Wenn der Durchschnittsverdienst der Tabakarbeiter auf nur 602 Mk. angegeben werden muß, während er doch für die deutsche Arbeiterkraft auf 1039 Mk. berechnet ist, so behauptet er nicht zu viel, wenn ich sage, daß zum größten Teil die Tabakbelastung von 1879 daran schuld ist. Gegenüber der Behauptung Sydows, daß der seiner Meinung nach nur „vorläufige“ Ausweg im Tabakforum nicht allzu einzuwickeln sei, können wir aus der Erfahrung und Praxis heraus sagen und beweisen, daß das gerade Gegenteil der Fall sein wird. Die Sydow können nur Leute reden, die kleine blasse Ahnung von der Wirklichkeit haben. Die Tabakarbeiterkraft wird hungern müssen, weit mehr, als es jetzt schon der Fall ist. Das beweisen ja übrigens die Darlegungen der Regierung selbst. Infolge der Belastung von 1879 haben wir erleben müssen, daß arbeitslose Tabakarbeiter sich gezwungen sahen, ihre Kinder betteln zu schicken. Die Frauen mußten zu Verwandten gehen und um Brot bitten. Wenn jetzt die neue Belastung eintritt, wird die Fabrikationsverlegung noch weit mehr als bisher um sich greifen und der Leidensdruck wird um so ärger. Die Blüte der deutschen Tabakindustrie beruht jetzt schon darauf, daß ihre Arbeiter hungern muß. Wenn die Regierung darauf hinweist, daß die Tabakindustrie anderer Länder, wie England und Amerika, stärker belastet sind, als die Deutschlands, so hint die Vergleich ganz bedenklich. Haben doch jene Länder nicht den Protowucher, nicht die Monopolpolitik Deutschlands! Und dazu kommt, daß nach einer englischen antichristlichen Deutung von 1903 der Durchschnittsverdienst der englischen Arbeiterkraft auf 33,84 Mk., der der amerikanischen auf 46,48 Mk., der der deutschen aber nur auf 9,90 Mk. stand. Daß es in jenen Ländern lange nicht so in Verdrast kommt, wenn der Arbeiter für die Zigarre etwas mehr zahlt, ist selbstverständlich. Weil der Arbeiterkraft in Deutschland meist Hungerlöhne gezahlt werden, darum muß sich jeder noch viel mehr einschränken, wenn die Zigarre verteuert wird. Man wird, wenn die neue Steuer kommt, die Fabrikation noch mehr nach den entlegensten Gegenden und Orten verlegen. Im Jahre 1888 war der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter auf 1,33 Mk. gesunken, jetzt ist er rund 2 Mk.; kommt aber die neue Steuer, dann werden wir wohl wieder auf 1,33 Mk. zurückgefallen. Das ist noch weit schlimmer als damals, da man ja heutzutage viel weniger für sein Geld erhält. Wir haben nicht allein gegen die Regierungs-vorlage selbst, sondern auch gegen die fortgesetzte Beunruhigung der Tabakindustrie zu protestieren. Aber auch damit ist es keineswegs getan. Wir müssen dafür sorgen, daß auch der letzte Tabakarbeiter, die letzte Arbeiterin der Organisation zugeführt wird. Die Tabakarbeiterkraft hat ihr letztes Stünd Brot zu verteidigen. Wenn dann schwere Kämpfe ausbrechen, können unsere Fabrikanten sich bei der Regierung und ihren Abgeordneten bedanken. Wir müssen dann wie ein Mann dastehen, um unsere erbärmlichen Löhne nicht noch mehr herabdrücken zu lassen. Der beste Protest ist dann, die Köpfe der gesamten Arbeiterkraft zu revolutionieren. Organisierte, agitierte, revolutionäre muß unsere Aufgabe sein.

Ritsche-Lübbecke (Weistal) schildert auf Grund statistischer Angaben die örtlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter. Der Lohn der Arbeiter reicht nicht aus, um eine Familie zu ernähren; deshalb müssen die Frauen mitarbeiten, entweder in der Zigarrenfabrikation oder in der Konfektion. Der Lebensunterhalt ist in der ländlichen Stadt Lübbecke keineswegs billiger wie in Berlin, aber die Löhne stehen auf einer entschieden niedrigeren Stufe. Im Kreis Lübbecke sind 4700 Tabakarbeiter in 31 Orten. In den Dörfern arbeiten die Deimarbeiter bis in die späte Nacht und verdienen doch nur 10-14 Mk. Unter großen Schwierigkeiten, die namentlich im Lokalmangel bestehen, ist im Kreise die Agitation gegen die Tabaksteuer entfalt. Besonders war es ein Pastor, der die Agitation und die Beschäftigung des Kongresses zu hindern suchte. — Der Kreis Lübbecke geht dem Ruin entgegen, wenn die Vorlage angenommen wird.

Koch (Hodenheim (Baden) gibt ein Bild der in seinem Bezirk weitverbreiteten Tabakindustrie, welches sich in den weitest-
lichten Zügen mit den Glendichtungen anderer Redner deckt. Insbesondere verweist der Redner auf die große Kinder-
sterblichkeit in den Orten der badien Tabakindustrie, wo zwei
Drittel aller Einwohner Tabakarbeiter sind. Nicht selten haben
in einem Zimmer acht Personen, welche darin wohnen, schlafen
und arbeiten. Niedrige Löhne, deshalb schlechte Ernährung, dazu
die menschenunwürdigen Wohnungsverhältnisse sind die Ur-
sache, daß die Schwindsucht unter den badien Tabakarbeitern
in hohem Grade herrscht. Mit Rücksicht auf dies Elend, welches
durch die Steuererhöhung noch vermehrt würde, bitten die Ab-
geordneten schon im Interesse der Menschlichkeit die Vorlage ab-
zulehnen.

Krüder (Hannover) schließt sich nach einer Be-
sprechung der dortigen Verhältnisse dem Protest gegen jede
Mehrbelastung des Tabaks an.

Langner (Hannover) sagt unter anderem: Die
Steuervorlage habe einen Entrüstungssturm unter den Ohlauer
Tabakarbeitern entfacht, aber ein Geistlicher habe bei den christ-
lichen Arbeitern der Protestbewegung entgegengetreten. Der
Durchschnittslohn der Ohlauer Tabakarbeiter beträgt noch nicht
400 Mk. im Jahre. Unter solchen Umständen gelten Hund-
und Hirschfleisch als Delikatessen. Andere Fleischgenüsse können
sich die Ohlauer Tabakarbeiter nicht leisten. Damit ihre elende
Lage nicht noch elender werde, protestieren sie gemeinsam mit
ihren Kollegen aus ganz Deutschland gegen die Tabaksteuer-
erhöhung.

Buchmann (Weistal) schildert, wie nach
der Steuer von 1879 die Löhne herabgingen und zahlreiche
Tabakarbeiter des Ortes nach Amerika auswanderten. Jetzt
aber liegen die Verhältnisse so, daß die Arbeiter nicht mehr
auswandern können, wenn ihre Verhältnisse durch neue Steuer-
belastung weiter verschlechtert werden.

Heijning (Strasbourg i. E.) führt an der Hand von Zahlen-
material aus, daß sich nach der 1879 beschlossenen Tabaksteuer
die Tabakindustrie, besonders die Zigarrenfabrikation, in Baden,
Württemberg und Elsaß ungemein stark ausgedehnt hat, weil die
Fabrikanten in den ländlichen Bezirken dieser Länder billige
Arbeitskräfte fanden. Die damals gezahlten Löhne sind im
wesentlichen bis jetzt auf derselben Höhe geblieben oder nur
sehr wenig gestiegen, während die Lebensmittelpreise bedeutend
gestiegen sind. Man kann deshalb mit Recht sagen, daß sich die
Lage der badien Tabakarbeiter verschlechtert hat. Neben
der Fabrikarbeit wird die Heimarbeit in großem Umfange be-
trieben, wobei die Kinder vom jugendlichen Alter an mitwirken
müssen. Eine Folge dieser Verhältnisse ist die große Sterblich-
keit unter den Tabakarbeitern. — Es ist zu bewundern, daß sich
der Vertreter Badens im Bundesrat für die Erhöhung der
Tabaksteuer aussprechen konnte. Nach Annahme der Vorlage
wird sich zeigen, daß sie gerade auf das badien Land eine
verheerende Wirkung ausübt. Ganze Gemeinden werden aus
ihres Erwerbes beraubt. Die Vorlage ist eine Gefahr für die
Existenz aller Tabakarbeiter. Es muß alles daran gesetzt wer-
den, den Abgeordneten klarzumachen, daß die Annahme der Vor-
lage Schuttschaden von Millionen verursacht. Aus diesem
Grunde werden die badien Deputierten des Kongresses
heute mit den Abgeordneten ihrer Kreise im Reichstag sprechen,
um auch dies Mittel zur Ablehnung der Vorlage zu versuchen.

Am Schluß der Vortragsabteilung erbat Herr Sander den
Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind anwesend
345 Delegierte, darunter 6 weibliche. Die Delegierten vertreten
168245 Arbeiter und Arbeiterinnen aus 758 Orten. Unter
den Delegierten sind auch 6 Vertreter der Christlich-Deutschen
Gewerksvereine, sowie 3 Vertreter des Lithographen- und drei
Vertreter des Buchbinderverbandes.

In der Nachmittags-sitzung kam eine große Zahl von
Rednern zu Worte. Ihre Ausführungen im einzelnen wieder-
zugeben, müssen wir uns leider verweigern. Eine Zusammen-
fassung des vorgetragenen reichhaltigen statistischen Materials
im Rahmen eines Zeitungsberichts ist schlechterdings nicht mög-
lich. Wenn wir die Schlussfolgerungen aus diesem Material zie-
hen, so ergibt sich aus allen Reden in der Hauptsache dasselbe
Bild. Nur in Einzelheiten ändert sich daselbe, je nach dem
Orte und der Lage, deren Verhältnisse es verhandelt.
Gegenstandslos Elend der Tabakarbeiter überall. Und alle Redner
betonen wieder, daß die elende Lage der Tabakarbeiter verur-
sacht ist nicht allein durch die überall herrschende Profitgier der
Unternehmer, sondern zum großen Teil durch die Steuer-
belastung des Tabaks. Die Arbeiter wissen, daß jede neue
Tabaksteuer ihre Lebenshaltung weiter herabdrückt und die schon
hungernden Tabakarbeiter noch zum Hungertode verurteilt wird.
Deshalb ist denn auch die gesamte Arbeiterkraft der
Tabakindustrie einmütig in dem Protest gegen die neue
Steuererhöhung der Regierung. Mehrere Redner aus solchen Wahl-
kreisen, die im Reichstage durch Abgeordnete bürgerlicher Par-
teien vertreten sind, sagten darüber, daß diese Abgeordneten
kein Interesse für die berechtigten Forderungen der Tabak-
arbeiter bekunden, ja, daß sich solche Abgeordnete, entgegen den
Vorteilungen der Arbeiter, für eine weitere Belastung des Ta-
baks ausgesprochen haben. Der freisinnige Reichstagsabgeord-
nete des ersten Berliner Wahlkreises, Herr Kämpf, ist von den
Tabakarbeitern zu einer Protestversammlung gegen die Steuer-
vorlage eingeladen worden, er ist nicht gekommen und hat es
nicht einmal für nötig befunden, sein Ausbleiben zu motivieren.
Der national-liberale Abgeordnete Mann hat in Darmstadt er-
klärt, daß der Tabak zu weiterer Verschönerung wohl herangezogen
werden müßte. Der national-liberale Abgeordnete Rindel hat
eine Deputation der Tabakarbeiter seines Wahlkreises empfan-
gen. In der Besprechung zeigte sich, daß der Abgeordnete die
Verhältnisse der Tabakindustrie seines Kreises gar nicht kannte.
Neben seiner Stellung zur Tabaksteuer gab der Abgeordnete
keine bestimmte Erklärung. Als ihm aber vorgehalten wurde,
daß sich kein Arbeitergenosse der Gruppe gegen die Tabaksteuer
ausgesprochen habe, meinte Herr Rindel, er werde mit Dr. Conte
zusammen verhandeln, in seiner Fraktion für die Ablehnung der
Tabaksteuer zu wirken. — Weiter wurde mitgeteilt, daß eine in
Ansbach abgehaltene Konferenz der bayerischen Tabakarbeiter
einen Bericht über ihre Lage und einen Protest gegen die Tabak-
steuer an sämtliche kaiserliche Reichstagsabgeordnete geschickt habe.
Der konservative Abgeordnete des Wahlkreises Ansbach-Schwabach,
Herr Hunagel, hat bei der Reichstagswahl 1907 er-
klärt, er werde gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer stimmen.
Ob er Wort halten werde? fragen die Arbeiter.

Gegen Schluß der Sitzung nahm der Redakteur des Ver-
bandsorgans „Der Tabakarbeiter“, Reichstagsabgeordneter
Geper, das Wort. Er beleuchtete die politische Situation
soweit die Tabaksteuer in Frage kommt. Er führte unter an-
derem aus, daß die Reichstagskommission sich bis jetzt erst mit
dem Finanzgesetz befaßt hat und daß die Tabaksteuervorlage
vielleicht nicht vor Februar an die Reihe kommen wird, da der
Regierungsvorstand in der Kommission erklärte, er bitte um
Verschiebung der Beratungen, weil der betreffende Gegenstand
erkrankt sei. Im übrigen wies der Redner darauf hin, daß die
allgemeine Beratung über die Finanzreform ergeben hat, daß für
die Bundesrentensteuer nicht viel Sympathien vorhanden sind. Die
bürgerlichen Parteien sind jedoch beunruhigt, weil sie in ihren
Plänen der Regierung zugestimmt, wenn sich nicht in der
Arbeiterkraft eine so gewaltige Opposition geltend gemacht hätte.
Es wird notwendig sein, alle jene bürgerlichen Abgeordneten,
die eine Erklärung gegen die Steuer abgegeben haben, bringen
zu ermahnen, daß sie ihr Wort halten. Ich glaube nicht, daß
die bürgerlichen Parteien schließlich alles aufgeben werden, um
die Bundesrentensteuer durchzubringen. Aber es ist zu befürchten,
daß sie hinter den Kulissen etwas anderes, aber nichts Besseres
vereinbaren. Es handelt sich in der Hauptsache auch um die Hal-
tung des Zentrums, von dem immer ein Teil der Abgeordneten
für Tabaksteuerverbesserungen gestimmt hat, und das immer be-
strebt ist, dem Vlod ein Bein zu stellen. Der Kampf gegen die
Steuererhöhung ist außerordentlich schwer, weil keine der
bürgerlichen Parteien auf Seiten der Opposition steht. Das
Zentrum hat noch heute in der Kommission beantragt, die Herab-
setzung der Zucksteuer, die einen Ausfall von 35 Millionen
bringen wird, bis 1914 zu verschieben, und uns bei der Ablehnung
mit der Tabaksteuervorlage bedroht. Ich habe erklärt, daß wir
uns nicht von unserer grundsätzlichen Haltung abbringen ließen.
Eine immer noch mäßige Erbschaftsteuer, sowie eine geringe
Reichseinkommensteuer werden Geld genug ergeben können. Es
ist aber offenbar unter den bürgerlichen Parteien schon eine
Regelung im Gange, um an Stelle der Bundesrentensteuer eine
Erhöhung der Gewerbesteuer und des Auslandszölles einzuführen.
Da muß man die Frage aufwerfen, wie sich das Aus-
land dazu stellt, mit dem wir Handelsverträge abgeschlossen
haben? Bezogen wir doch den meisten Tabak aus Nord-
amerika und den baltischen Kolonien. Werden die betreffen-
den Staaten nicht Einspruch erheben, wenn die Einfuhr ihres
Tabaks in Deutschland herabgedrückt wird? Für die Tabak-
arbeiterkraft ist es das gleiche, ob Bundesrentensteuer, ob Er-
höhung der Gewerbesteuer oder des Zölles, das eine oder das
andere wird für sie dieselben grauenhaften Folgen haben. (Beifall
Beifall.)

Gewerkschaftsbewegung.

Aus dem Kohlenrevier. Die Redungen über umfangreiche
Kündigungen und Lohnreduktionen auf den Bechen im Kreise
Bochum häufen sich. Auf Beche „Hafenwinkel“ wurde sogar
neben erheblichen Lohnabzügen, von denen die ganze Belegschaft
betroffen wurde, für die bei der Förderung beschäftigten Ueber-
arbeiter die zwölfstündige Arbeitszeit vom 1. Februar an an-
geordnet. Gleichzeitig wurde 40 Arbeitern, die man durch diese
Arbeitszeit zu eripieren hofft, gekündigt. — Auf Beche „Alten-
dorf“ wurde 120 Mann gekündigt. — Auf Beche „Brä-
dant“ soll laut Anschlag die Förderung unreiner Kohlen in
Zukunft nicht mehr mit Geldstrafe, sondern mit sofortiger Ent-
lassung bestraft werden. — 60 Mann ist auf Beche „Kedling-
hausen“ Schacht 2 gekündigt worden, darunter befinden sich
die zwei Knappschäftsführer (Mitglieder des Bergarbeiterver-
bandes). Für den einen war die genannte Beche seinerzeit der
letzte Zufluchtsort gewesen. Man hatte den drei Kesselführern, in-
besondere dem letztgenannten, der dem Vorstande des Bergar-
beiterverbandes angehört, vorher dringend nahegelegt, die Kün-
digung selbst einzureichen. Heute wurde ihnen denn auch gekün-
digt. Der Betriebsführer erklärte, ihnen die Gründe nicht an-
geben zu dürfen. Die Kündigung der Kesselführer ist insofern von
besonderer Bedeutung, als bei der nächsten Ergänzungswahl zum
Vorstand des Knappschäftsvereins die Verbandsältesten sämtliche
Arbeitnehmerfrage erörtern würden. Dies scheint man verbieten
zu wollen. Da die Kesselführer ihre Mandate verlieren, wenn sie
mehr als 6 Monate keine Vergarbeit verrichten, so wäre das
Brechen der Mehrheit, die die Verbandsältesten zurzeit in der
Generalversammlung haben, möglich, und damit wäre zugleich
verhütet, daß bei der in der Generalversammlung seitens der
Arbeitnehmer vorzunehmenden Ergänzungswahl zum Vorstand
auch die letzten Arbeitnehmerfrage von Verbandsältesten befehlt
werden.

Der Vergarbeiterstreik auf der Grube „Glückauf“ bei Sch-
tenau ist — wie aus Göllich berichtet wird — vorläufig be-
endet. Die Verwaltung will den Arbeitern den bisherigen Lohn
bis zum 1. April weitersahlen.

Die Arbeiter in den Farbenfabriken von Chr. F. O. S. m. a. n. n.,
G. m. b. H., in Celle und Klein-Geilen haben vor zwei
Jahren einen Lohnvertrag mit folgenden Lohnhöhen vereinbart:
Anfangslohn für jeden über 16 Jahre alten Arbeiter 28 Pf.
pro Stunde. Nach sechsmonatlicher Tätigkeit erhöht sich der
Lohn um 2 Pf., und nach einjähriger Tätigkeit um weitere
3 Pf. pro Stunde. Dieser Tarif, der am 15. April 1907 abge-
schlossen, trat am 1. Mai 1907 in Kraft. Trotz der gesundheits-
schädigenden Arbeit und der geringen Entlohnung haben die Ar-
beiter in Frieden gearbeitet. Nicht so die Firma, die laut Tarif-
vertrag für die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren einen
Stundenlohn von 25 Pf. vereinbart, angeblich, weil die jugend-
lichen Arbeiter ja nicht im Verlande waren. Am 14. Januar
ist, wie der „Vollwille“ berichtet, der Meister in der Schwarz-
fabrik die Arbeiter zu sich rufen und erklärte im Auftrage der
Firma, daß der vereinbarte Tarif hiermit gekündigt sei, die
Löhne für die bewährten Arbeiter bestehen bleiben sollen und
nur den Anfangern der Lohn gekürzt werde. Auf einen neuen
Tarifabschluß will die Firma sich nicht einlassen. Ähnlich
äußerte sich der Leiter der Unifarfabrik. Damit hat sich
die Firma unter die Scharmacher begeben, da sie wohl den Vor-
teil eines Tarifabschlusses während der günstigen Konjunktur
für sich erkannte, aber während der Krisis absolut nichts davon
offen will, um eben während der Krisis aus dem Ueberangebot
von Arbeitskräften Nutzen zu ziehen, indem der bisher gezahlte
geringe Lohn nur an „bewährte“ Arbeiter weiter gezahlt werden
soll. Wer aber zu den „bewährten“ Arbeitern gerechnet wird,
offen die Arbeiter nicht, es kann heute diesen, morgen jenen
treffen. Diese Maßnahme der Firma wird das Gute haben,
daß sie die bisherige Einigkeit der Arbeiter nur noch festigt, so
daß eine geplante Lohnreduzierung um so energischer abgewiesen
wird. Die Arbeiter sind von dem Vorgehen der Firma um so
mehr überrascht, als diese, abgesehen von der geringen Ent-
lohnung, bisher bei der Arbeiterkraft in gutem Ansehen stand
und auch mehrere Parteigründungen zu ihren Gunsten zählte.

Neugierige Scharmacher. Der Arbeitgeberverband der
deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen veranlaßt ge-
genwärtig an seine Mitglieder einen Fragebogen zur Feststellung
der Zahl der in den einzelnen Betrieben im vergangenen Jahre
durchschnittlich beschäftigt gewesenen Tischler, Bildhauer, Kollie-
ren, Maschinenarbeiter usw. Dieser Fragebogen erscheint an sich
unschuldig, er dient wahrscheinlich dazu, um den Jahresbeitrag
festzusetzen, den der einzelne Unternehmer an den Scharmacher-
verband zu zahlen hat. In Uudenwalde jedoch ist diesem Frage-
bogen noch ein besonderer Vogen beigelegt, auf welchem die Per-
sonalien jedes einzelnen Arbeiters angeführt werden sollen. Und
war sollen nicht nur angegeben werden der Vor- und Zuname
des Arbeiters, dessen Geburtsdatum und -ort, sein Verberuf,
ob derselbe verheiratet ist und Kinder hat, sondern auch, ob
er eine Frau arbeitet und wo und was sie arbeitet. Was in aller
Welt, möchte man fragen, geht es die Unternehmer an, ob und
wo und was die Frau des Arbeiters arbeitet. Die Antwort ist
einfach zu finden. Die treue Beipflichtung der Arbeiter dient
zwar, um bei einem Streik oder einer von den Unternehmern
angewandten Aussperrung, letzteres gehört in Uudenwalde in den
Bereich naher Möglichkeit, den eventuellen Beschäftigungsort der
Frauen der Streikenden oder Aussperrten ausfindig zu
machen, um diese, die Frauen, dann ebenfalls brotlos zu machen.
Die ganze Fragerei geschieht nur deshalb, um den Unternehmern
Raffen in die Hand zu geben für den Kampf gegen die auf-
strebende Arbeiterkraft. Wenn also ein Unternehmer demnach
einen Arbeiter fragt, ob seine Frau auch mitberberuft, so ge-
hört dies nicht aus dem Gebir der Anteilnahme am Leben
des Arbeiters heraus, sondern um den Arbeiter besser inebeln zu
können. Eine andere Frage auf diesem Vogen lautet: Bezieht
der Arbeiter Unfallrente? und die letzte: Ist derselbe organi-
siert? Nach dem Vorhergegangenen ist es leicht zu erraten, wes-
halb gerade die letztere Frage gestellt ist. Es ist deshalb auch
unzweifelhaft, wenn der Arbeiter einem neugierigen „Arbeitgeber“
die Antwort erteilt, daß dies alles Sagen seien, welche keinen
nützlichen Unternehmer etwas angehen.

Ein Maßregelungsbureau hat auch der „Bezirksverband für
die Metallindustrie des Regierungsbezirks Köln und
der Nachbargebiete“ ins Leben gerufen. Es führt den harmlosen
Namen Arbeitsnachweise, soll aber ohne Zweifel nach dem Muster
der norddeutschen Unternehmensnachweise arbeiten, die alle im
politischen und gewerkschaftlichen Leben tätigen Arbeiter nach
Möglichkeit „feststellen“. Die Kölner Scharmacher halten die
Zeit des jetzigen wirtschaftlichen Tiefstandes zur Ausführung
ihres Planes, den sie schon vor einigen Jahren erwogen haben,
geeignet.

Zum Streikverbotkonflikt im Metallarbeiterverband. In
der Versammlung der streikenden Arbeiter in Mannheim, in
welcher der Beschluß der Verbandsleitung verhängt wurde,
den Streik zu beenden, spielte ein Telegramm eine Rolle, nach
welchem in Bismarckswerda (Sachsen) Streitarbeit fertiggestellt werde,
ohne daß der Verband dies hindern könne. Die Streikenden
behaupteten, das Telegramm sei fingiert und sie entsandten
eine Kommission nach Bismarckswerda. Es wurde dort, wie aus
einer Erklärung des Dresdener Verbandsbevollmächtigten
Haller hervorgeht, festgestellt, daß das Telegramm die Sachlage
durchaus richtig darstellte.

Von der Eisenbahnkonzentration in Preußen. Der Deutsche
Transportarbeiterverband hat organisiert u. a. auch die
Arbeiter und Angestellten der Straßen- und Kleinbahnen, für
die er eine besondere „Reichssekretion der Straßenbahner“ errich-
tet hat. Diese Sekretion richtete im Oktober d. J. an den preußi-
schen Eisenbahnminister, als Aufsichtsinstitut dieser Bahnen, eine
Eingabe, in der um die Hinzuziehung von Vertretern der Orga-
nisation der Angestellten und Arbeiter zu den angeordneten Er-
hebungen über ihre Dienstverhältnisse ersucht wurde. In der
ersten Januarwoche ist nun dem Transportarbeiterverbande fol-
gende Antwort auf die Eingabe zugegangen:

Der Minister der öffentlichen Ver-
kehrsangelegenheiten
Berlin W. 66.

Auf die Vorstellung vom 28. Oktober
Bei Rückgabe der Anlagen der
Reichssekretion der Straßenbahner
arbeiterverbandes erwiderte ich er-
sehen muß, Vertreter der Straßen-
bahnerangeordneten Erhebungen und Er-
hebungen der Angestellten
nehmen ausgiebig.

An die Reichssekretion der Straßen-
bahnerangeordneten Erhebungen und Er-
hebungen der Angestellten
nehmen ausgiebig.

Titel erst den Mann. Weil die
Arbeiterverband für seine Mitglie-
der einen Arbeiterverband errichtet hat, nur den
Straßenbahner führt, wird sie für
bahnen vom Eisenbahnminister
Daß diese nebenbahnhöflichen Klein-
bahnen sich von den Straßenbahnen
scheiden, fällt für den Minister nicht
Transportarbeiterverband mit der
Minister anbinden, dann muß er das
Titel aufmarschieren kann, der dem
uniere großen Inhabiterverbande er-
Will der Sozialarbeiterverband für
tätigen Tischler mit dem Eisenbahn-
er erst für einen richtigen Namen
fehler sorgen. Ein Sozialarbeiter-
patentierter Ministeriallogist, sein
arbeiterverband geht es nicht besser;
für Schlosser und Schmiede mit d
betritten werden. Es geht nichts in
eines Ministers der öffentlichen Ver-
kehrsangelegenheiten der ar-
richtete das „Berliner Tageblatt“

Nähere: Am 18. Januar begann
macher, der sich auf 75 Fabrikanten
streckt. Der größere Teil der Strei-
men an; 4000 Arbeiter haben in M
South-Norwalk (Connecticut), und
tucht) die Arbeit niedergelegt. Der
darin, daß die Arbeitgebervereine
weitere Anbringung der Kontrollen
standes in den Gütern unterliegt aber,
daß das betheiligende Abkommen über
Streite, der bei der Gewerliche
schwebt, von der dortigen Gewerliche
Arbeiter ihren dort in den Streit
schwebenden Einigungsverhandlung
Vorgehen der Fabrikantenvereinigun-

Stadttheater.

Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Novität! Zum 4. Male!
Größter Lacherfolg!

Die Tür ins Freie.

Sonnabend, den 23. Januar 1909,
abends 7 1/2 Uhr:

Vorstellung zu kleinen Preisen.

Die versunkene Glocke.

Montag, den 25. Januar 1909,
abends 8 Uhr:

— Erhöhte Preise! —

Einmaliges Gastspiel des lisen-
Theaters aus Berlin.

(Internationales Tournee-Maria
Rehoff mit eigenem Ensemble).

Die stillen Stuben.

Belga Maria Rehoff.

Passage-Theater.

21., 22. u. 23. Januar:

Der Liebe Sturm

und Sonnenschein.

Wunderbares Drama.

Der Geldschrank.

Humoristisch.

Bilder aus dem Tierreich.

2. Folge. Sehr interessant.

Für meine Mutter.

Ergreifendes Drama aus dem Leben.

Theophil zieht um.

Humoristischer Schläger.

Des Teufels Kartenspiel.

Herlich koloriert.

Papa braucht ein reines Hemd.

Sehr humoristisch.

Eine sonderbare Erfindung.

Humoristischer Schläger.

Minden i. W.

Centralhalle

Ritterstr. 18, Eingang Trockenhof

Sonntag, den 21. Januar,
abends 8 Uhr:

Psychologischer

Demonstrations-Vortrag

des Psycho-Physiognomisten A. Kupfer

Die auf den Kopf gestellte Welt-
ordnung ohne Menschenkenntnis.

Erklärung an großen Bildern des
früheren Rechtsanwalts Han. Grete
Bayer, Frau Steinberg, Paris usw.
vom Idealmenschen bis zum Mörder.

Eintritt 20 Pf. 363

P. P.

Eröffnung: Donnerstag mittag.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich am hiesigen Platze eine Filiale meiner

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik mit Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Alle Welt spricht von meinen beispiellos billigen Preisen.

Zucker ist ein Nahrungsmittel.

Der Zucker, als Genussmittel überall geschätzt, hat als Nährwert eine ganz besondere Bedeutung. Die moderne ärztliche Wissenschaft hat denn auch den hohen Nährwert des Zuckers erkannt, welcher einestheils den Magen und Verdauungskanal nicht belastet, andererseits für raschen Kräfteersatz ein unübertroffenes Mittel ist. Der hohe Nährwert des Zuckers ist namentlich auch im Verhältnis zu seiner Billigkeit in Betracht zu ziehen; der Zucker ist als Nährwert ganz wesentlich wohlfeiler als die Eiweißpräparate. Zucker kann man am besten genießen in Form von

Bonbons,

süß und säuerlich, ferner in Verbindung mit dem wundervollen Bitter der Kakaobohne in Form von

Schokolade und Pralinés,

welche man in stets frischer Ware und bestem Geschmack zu Fabrikpreisen im Einzelverkauf erhält bei

Kurt Kühne, Bielefeld, Kaiserstrasse 97b.

Nachstehend gebe ich ein Preisverzeichnis der vorantesten Artikel, welche frisch und schön im Geschmack als Massen-Fabrikation meines Betriebes hergestellt werden

Im Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Husten-Bonbons

als:	
Honig-Bonbons	1/4 Pfund 10 Pfg.
Malz-Bonbons	1/4 Pfund 10 Pfg.
Altee-Bonbons	1/4 Pfund 10 Pfg.
Cachou-Bonbons	1/4 Pfund 10 Pfg.
Fenchel-Bonbons	1/4 Pfund 10 Pfg.

Pfefferminze

als:	
Pfefferminz-Kugeln	1/4 Pfund 10 Pfg.
Pfefferminz-Bruch	1/4 Pfund 10 Pfg.
Pfefferminz-Plätzchen	1/4 Pfund 15 Pfg.
Pfefferminz-Likör-Pastillen	1/4 Pfund 15 Pfg.
Englische Pfefferminz-Plätzchen	1/4 Pfund 25 Pfg.

Gemischte Bonbons

als:	
Abfall-Bonbons	1/4 Pfund 8 Pfg.
Kokosnus-Pralinés	1/4 Pfund 13 Pfg.
ff. Likör-Kaffeebohnen	1/4 Pfund 15 Pfg.
Arrak-Bohnen	1/4 Pfund 15 Pfg.
ff. gebrannte Mandeln	1/4 Pfund 20 Pfg.

ff. Theater-Konfekt-Mischungen 1/4 Pfund 15, 20, 25 und 30 Pfg.

Säuerliche Bonbons

als:	
Himbeer-Bonbons	1/4 Pfund 10 Pfg.
Limonaden-Bonbons	1/4 Pfund 10 Pfg.
Kor. fekt-Melange	1/4 Pfund 10 Pfg.
Seiden-Kissen	1/4 Pfund 15 Pfg.
Engl. Rocks	1/4 Pfund 15 Pfg.

Div. Pralinés

als:	
Konsum-Pralinés	1/4 Pfund 15 Pfg.
ff. Creme-Pralinés	1/4 Pfund 20 Pfg.
Kognak-Pralinés	1/4 Pfund 25 Pfg.
Mokka-Pralinés	1/4 Pfund 25 Pfg.
Prinzess-Pralinés	1/4 Pfund 30 Pfg.

Schokoladen und Marzipan

als:	
Gefüllte Schokolade	1/4 Pfund 12 Pfg.
Bruch-Schokolade	1/4 Pfund 20 Pfg.
Marzipan-Kartoffel	1/4 Pfund 20 Pfg.
Marzipan-Stangen	à Stück 10 und 20 Pfg.
Marzipan im Anschnitt	1/4 Pfund 20 Pfg.

Bonbonnières und Attrappen zu Geburtstagsgeschenken in reichster Auswahl.

ff. Tafel-Schokoladen à 20, 25, 30 und 50 Pfg.

Kurt Kühne, Bielefeld, Kaiserstrasse 97b, Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik.

Die Entartung im Geschlechtsleben

Ueber dieses Thema wird am Freitag, 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zindstiel, Bürgerweg 14, der Schriftsteller Paul Schirmeister-Berlin

Öffentlichen Vortrag

halten.

Zahlreichem Besuch steht entgegen

Der Naturheilverein.

Eintrittskarten für Nichtmitglieder 40 Pfg. sind schon

jetzt im „Reformgeschäft“, Bahnhofsstraße, zu haben.

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch

einmal und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Meine Damen!

5 Mark

zähle Ihnen für ein

Pfd. g. ausgeführter

Frauenhaare. Kaufe stets jeden

Posten. Porto wird vergütet, bis

200 Gramm „Muster ohne Wert“,

sonst Paket senden. Betrag folgt so,

nach Eingang. 411

Göbels Haarhandlung,

Minden i. W.

Notizbücher

in allen Größen

— gutes Papier —

zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht“.

Ochsen- und Rindfleisch

in bekannt la. Qualität

von heute ab per Pfund 65 bis 75 Pfg.

Fritz Kerkhoff, Gehrenberg 29/31.

Fernsprecher 759. Markthallenstand 46.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Filiale Bielefeld.

Freitag, den 22. Januar, abends 7 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Hannemann (früher Blome), Weberstr. 5.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal.

2. Neuwahl der Kartelldelegierten.

3. Vortrag.

4. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Rechnungs-Formulare

liefert prompt in

sauberer Ausfüh. Buchdruckerei „Volkswacht“.

Oliver Twist

Von Charles Dickens

Aus dem Englischen von Jul

29

Sie flüsteren einige Zeit so leise

hüher von ihrer Unterredung nur ein

Wort, um daraus zu entnehmen, daß

schuldigungen des Fremden verteidigte und

sehr gereizten Stimmung befand.

Vierteilstunde geflüstert haben, als Moni

zude seinen Besucher mehrere Male ge

sagte: „Ich wiederhol's Euch, es war ich

habt Ihr ihn nicht hier behalten bei

weiteres „nen jämmerlichen Taschendieb

„Hör' einer an!“ rief der Jude achsel

„Wollt Ihr damit sagen, daß Ihr

wenn Ihr gewollt?“ fragte Moni's unwi

bei hundert anderen Knaben verstanden

zehn bis zwölf Monate Geduld gehabt,

Leichtes gewesen, zu machen, daß er ver

Lebenszeit deportiert wurde.“

„Wem würde dabei gewesen sein gedie

der Jude im demütigsten Tone.

„Mir!“

„Über mir nicht,“ fuhr Fagin fast

„Wenn zwei Leute sind beteiligt bei ein

„nur billig, daß berücksichtigt wird der

„Was weiter?“

„Ich sah, daß es nicht leicht war, i

„Sol' ihn der Satan, nein! denn er

ein Spitzhube gewesen.“

„Ich hatte kein Mittel in Händen, i

fuhr der Jude, angstvoll Moni's Miene

hatte in nichts die Hand drin; ich konnt

jagen Furcht und Schrecken, und wir an

menn das nicht angeht. Was konnt' ic

mit dem Halbwüchsigen und Charley? E

genug an dem einen Male, mein Beste

uns alle.“

„Da's war meine Schuld nicht,“ bem

„Freilich; nein, o nein, mein Lieber,

reinen Vorwurf deshalb; denn wär's i

Eure Biide vielleicht nicht gefallen an

hätten vielleicht niemals gemacht die G

den Ihr suchet. Nun gut; ich bracht

wollt durch die Nancy, und jetzt fängt

zu seiner Freundin.“

„Schmirt ihr die Kehle zu!“ sagte A

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Das neue Programm bringt wertvolle und ganz originelle Erwerbungen, von denen besonders zu nennen sind:

Das giftige Kraut. Eine Tragödie der Habgier. Von sehr bewegter Handlung.

Die beiden Brüder. Die Geschichte eines von einem Kinde ans Licht gebrachten Verbrechens.

Eine Probe auf die Treue. Eine Liebes-Intrigue aus dem Militärleben der guten alten Zeit.

Die beiden Verehrer der Köchin. Diese sehr wässerige Küchenhumoreske erregt Stürme der Heiterkeit.

Lehmann lebt immer noch! Burleske eines unglücklichen Liebhabers, der trotz selbstmörderischer Versuche gar nicht tot zu kriegen ist.

Riffle Bill, der König der Prärien. Diese Vorführung erfolgt, der in ihr enthaltenen nervenerregenden Szenen aus dem wilden Westen wegen, die für die Jugend nicht berechnet sind, nur von 6 Uhr abends ab und haben Kinder dazu keinen Eintritt!

410

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 17.

Bielefeld, Donnerstag, 21. Januar 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung, Dienstag, den 19. Januar, 11 Uhr vormittags.

Am Ministertisch: v. Rheinbaben, v. Moltke, Bessler, Breitenbach, v. Arnim-Griewen.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Sp.): Die diesjährige Etatsrede ist dem Herrn Finanzminister sicher nicht leicht geworden, hat er doch einen Fehlbetrag von 156 Millionen für den neuen Etat in Aussicht nehmen müssen. Doch kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Herr Finanzminister diesmal ein wenig schwarz gemalt hat, um Argumente zu haben für die angebliche Notwendigkeit neuer dauernder Steuern. (Sehr richtig! links.) Die Beamtenbesoldungsvorlage wird hoffentlich zustande kommen und eine ausreichende Erhöhung der Gehälter bringen. Wenn Minister in der Agitation bei einzelnen Beamtenkategorien vorgetreten sind, was auch ich nicht in Abrede stellen will, so haben sie ihre Ursache darin, daß die notwendige Aufbesserung der Gehälter solange hat auf sich warten lassen. (Sehr richtig! links.) Gegen die Behauptung, daß es verfassungswidrig sei, wenn der Landtag Einnahmen nur auf bestimmte Zeit bewilligen wolle, müssen wir entschieden protestieren. Bei der zweiten Beratung der Steuervorlagen wird uns diese Frage ja noch eingehender beschäftigen. (Ministerpräsident Fürst Bülow tritt den Saal.) Denn an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform werden wir nach Kräften mitarbeiten. Ob sie freilich zustandekommen wird, wenn die Konservern im Reich nach der Karole handeln, die gestern Herr v. Bismarck ausgegeben hat, bezweifle ich. Durch diesen Herrn werden die Ausgaben der Reichsfinanzreform auf ein Minimum reduziert. Für uns ist es unabweislich, daß die wohlhabenden Kreise auch durch direkte Steuern im Reich zur Tragung der Lasten herangezogen werden; von dieser Forderung können wir nicht abgehen. (Bravo! links.) Was den neuen Etat anlangt, so erscheint mir die Schätzung, wie gesagt, doch etwas zu pessimistisch. Die Erleichterung des Geldmarktes hat doch bereits günstig gewirkt und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß sich bald eine Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur zeigt. In einer trostlosen wirtschaftlichen Depression stehen wir keineswegs. Sparlichkeit wollen wir aber, aber Sparlichkeit am rechten Orte. Im Reich sind Einnahmen aus den Universitäten, den gegenwärtigen unproduktiven Ausgaben. Die Ausgaben Preussens aber sind überwiegend kulturellen Zwecken gewidmet. Der Beamtenapparat kann allerdings zweifellos vereinfacht werden, z. B. sind die Kuratoren an den Universitäten gänzlich überflüssig. (Sehr richtig! links.) Auch unnötiger Luxus für kostspielige Repräsentation muß vermieden werden. Auf die vielen Reisen der Beamten ist schon hingewiesen worden. — Im Kultusetat begrüßen wir die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens als erfreulichen Fortschritt, doch muß beifolgt werden, daß den Privatschulen nicht die Existenzmöglichkeit genommen wird. Das Tempo in der Ausdehnung der Hochschulaufsicht durch die geistlichen Schulaufsicht sollte möglichst beschränkt werden. Ein unerfreulicher Zustand ist es, daß die wichtigsten Dinge des Kultusstats verhandelt werden, ohne daß der einzig verantwortliche Leiter zur Stelle ist. Wir haben von ihm auch Auskunft zu verlangen über verschiedene Lehrermaßregeln. In der zweiten Lesung werden wir darauf eingehen und hoffen, daß er dann zur Stelle ist. Im Ministerium des Innern haben wir vor allem darüber klären müssen, daß die Landräte und Regierungspräsidenten sich als kleine Minister fühlen. Das hat sich insbesondere gezeigt bei dem Fall des Bürgermeisters Dr. Schilling. (Raus! Alal rechts.) Diese Äußerungen zeigen mir, daß auch Sie dieser Angelegenheit Ihr Interesse zuwenden. (Lachen rechts.) Schilling ist gemäßigt worden, weil er in seinen Veröffentlichungen liberale Anschauungen vertreten hat. (Raus! Gelächter rechts.) Ich verhehle Ihr Bestreben, diesen Fall in eine Beleuchtung zu rücken, die Ihnen günstig ist; aber Sie können Tatsachen nicht abstreiten. (Sehr wahr! links.) Wir sehen darin einen unerwünschten Eingriff in die staatsbürgerliche Meinungsfreiheit, eine Verletzung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. (Große Unruhe rechts.) Auch ich will nicht jedes Wort unterschreiben, was Schilling geschrieben hat. Aber eine abweichende Meinung über irgend eine temperamentvolle Äußerung (Ob! rechts) kann nicht entscheidend sein für die Beurteilung des Falles. Die

Hauptfrage ist für uns: Wie ist es möglich gewesen, daß der Regierungsrat ihn unter Anklage stellte mit der Behauptung, er habe sich durch seine Veröffentlichungen unwürdig seines Amtes gezeigt. Eine solche Begründung eines Disziplinarverfahrens kann sich niemand gefallen lassen. (Bravo! links.) Solche Vorgänge, wie dieser Fall und ähnliche, zeigen, daß die Einheitlichkeit des Regierungsrates nicht bei allen Stellen in der Verwaltung vorhanden ist. Sie durchzuführen ist ebenso notwendig, wie die einmütige Unterstützung, die das preussische Staatsministerium in den kritischen Novembertagen dem Ministerpräsidenten gewährt hat. Auch ich glaube, daß durch dieses einmütige Vorgehen der Erfolg im konstitutionellen Sinne erzielt worden ist. Ich hoffe, daß es nicht wieder nötig sein wird, vom persönlichen Regiment im Parlament zu sprechen. Die Neujahrsansprache haben auch meine Freunde nicht als einen für die Öffentlichkeit bestimmten Willensakt des Monarchen an. Wir wünschen außer den konstitutionellen Garantien im Reich wie bekannt auch eine Verringerung des preussischen Wahlrechts. Bei Gelegenheit der Beratung unseres Antrages werden wir ausführlich unsere Gründe darlegen. Wenn Herr von Bismarck gemeint hat, die Nachstellung der Krone dürfe nicht geschwächt werden, so scheint mir das ein Versuch zu sein, durch Einseitigkeit der Krone Anschauungen zu deuten, die von der Krone gar nicht einmal gebilligt werden. (Sehr gut!) Denn gerade in der Thronrede war davon die Rede, daß eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts eine der wichtigsten Aufgaben ist. Wir wären dankbar für eine Aufklärung darüber, wie weit die Vorarbeiten bisher gediehen sind. Der konservativ-reaktionäre Einfluss in Preußen, der künstlich durch das jetzige Wahlrecht erhalten wird, muß endlich gebrochen werden. (Bravo! links. Zwischen rechts.)

Ministerpräsident Fürst Bülow: Alle Redner haben die Notwendigkeit größter Sparlichkeit betont. Ich kann nur wiederholen: Mit der Beschaffung neuer Mittel ist unsere Aufgabe nicht erfüllt, wir müssen auch zur allgewohnten Sparlichkeit zurückkehren. Aber wir können nicht sparen an den Ausgaben, die nötig sind zur Sicherung der Machtstellung unseres Landes, zumal angesichts unserer ungünstigen geographischen Lage. Freilich, auch in Marine- und Seeresetat lassen sich Einsparnisse erzielen. An der Erzielung größerer Einsparnisse müssen wir Regierungen und Parlamente zusammen arbeiten. Herr v. Bismarck hat recht, wenn er sagt, auch die Parlamente seien mit Schuld an unserer Finanznot. Die Volksvertreter dürfen nicht übertriebene Forderungen stellen, um sich bei ihren Wählern lieb zu machen. Solche Forderungen sind aber hier auf dem Gebiete des Eisenbahnbaus laut geworden, oder einzelne für die Beamtenbesoldung aufgestellt. Diese capitis benevolentiae bei den Wählern geht zu weit. (Der Ministerpräsident verliest eine Anweisung an die Beamtenschaft, in der gegen die Verteuerung der Geschäftsführung durch bureaukratische Praktiken Stellung genommen wird.) Die Wahrung äußerster Sparlichkeit ist auch eine Forderung des Tages, und sie wird von den amtlichen Stellen erfüllt werden. Abg. v. Bismarck hat sich gestern, wie die konservative Presse schon seit Monaten, gegen die Nachschäfer ausgesprochen. Die Steuerfragen dürfen nicht vom parteipolitischen Standpunkte entzweit werden. (Sehr richtig.) Unsere Zeit ist sozial, und wie die Dinge liegen, können wir nicht die Massen belasten, sondern müssen den Weg treffen. Deshalb ist die Nachschäfer unentbehrlich. Ich habe das vor einem Jahre in einer, glaube ich, gar nicht so üblen Rede dargelegt, und mein Kollege von Rheinbaben sogar in einer sehr schönen Rede. Wir waren auch einmal Gegner der Nachschäfer. Aber wir sind aus Sanftmütigen geworden, und ich hoffe, daß auch Herr v. Bismarck und seinen Parteigenossen noch der Tag von Damaskus kommen wird! Ich würde das für ein großes Glück halten, ein großes Glück für die Zukunft des Reiches und des Landes. Die Erhöhung der Matrifalarbeiträge ist unmöglich, sie würde schließlich zu einer Reduktion der Einzelstaaten führen. Wir brauchen die Nachschäfer unter allen Umständen; sie ist auch so vorgelesen, daß sie nicht zu belastend wirkt. Insbesondere ist der Grundbesitz, den die Steuer sonst stärker treffen würde als das mobile Kapital, nach Möglichkeit geschont worden. Ich bitte die Herren von der Rechten, die Vertreter der Landwirtschaft, alle Landwirte im Lande, der dira necessitas Rechnung zu tragen. Die Staatslasten müssen von der Allgemeinheit getragen werden. — Was die Wahlrechtsreform angeht, so kann ich jetzt darüber nicht mehr sagen, als was die Thronrede darüber

gesagt hat. Der Fall Schilling ist nicht symptomatisch. Ich möchte aber hier feststellen: Solange ich Ministerpräsident und verantwortlicher Träger der Reichspolitik bin, werde ich nicht dulden, daß ein Beamter wegen Befundung liberaler freimüthiger Ansichten und Zustimmung gemahregelt wird. Ich werde Eingriffe in sein staatsbürgerliches Recht nicht dulden. Selbstverständlich darf kein Beamter sich zur Sozialdemokratie bekennen. Ebenso selbstverständlich muß jeder Beamte den Taft wahren, den seine Beamtenbeziehung von ihm fordert. Der Beamte ist keineswegs sakrosanct. Und er ist nicht unantastbar, weil er liberal und weil er konservativ ist. Auch in parlamentarisch regierten Ländern wird kein pflichtbewußter Minister auf das Recht verzichtet, unbrauchbare Beamte jederzeit zu beurlauben oder zu verabschieden. Ein Wort über die politischen Beamten. Ich verlange von den politischen Beamten, daß sie die vom Kaiser gebilligte und von mir vertretene Politik der Kgl. Staatsregierung unbedingt vertreten und ihr nichts in der Weg legen. Der das gleiche ausprechende Erlass des Fürsten Bismarck ist noch in Kraft. Ich werde dafür sorgen, daß diesem Erlass gemäß von allen politischen Beamten gehandelt wird. Die Erhaltung des Ministers Hölle erfüllt mich mit schmerzlichem Bedauern. Er hat aus Gesundheitsrücksichten Ende vorigen Jahres sein Abschiedsgelächter eingereicht. Der König hat sich indessen bisher noch nicht entschließen können, diesem Gelächte Folge zu geben. Selbstverständlich kann das Interimistum nicht lange mehr dauern. Ich habe die Frage erwogen, ob nicht ein anderer Minister vertretungsweise das Kultusministerium übernehmen könnte. Aber die einzigen in Betracht kommenden Herren haben mich händelnd gebeten, sie davon zu befreien. Und ich muß zugeben, daß die Herren selbst genug zu tun haben, und daß ich ihnen nicht zumuten kann, die Verantwortung für das umfangreiche Kultusressort zu tragen. Falls Herr Hölle bis zum Frühjahr nicht wieder gefunden, muß der Posten selbstverständlich neu besetzt werden. Hier sind auch die wichtigen Debatten im Reichstage gestreift worden. Man hat mir in perfiden oder einfältigen Zeitungsaufsätzen vorgeworfen, ich hätte dabei die Krone preisgegeben. Ich kann auf den Inhalt jener Debatte nicht nochmals eingehen. Ich möchte hier nur meinen Standpunkt in der Sache darlegen. Pflicht des verantwortlichen Ministers und Trägers der Reichspolitik ist es, die Krone zu bedenken. Dieser Pflicht habe ich jederzeit genügt. Ich will nicht alle Fälle aufzählen, in denen ich mich veranlaßt sah, das zu tun. Ich erinnere nur an meine Stellungnahme gegen die Abg. Bebel und Richter bei deren Angriffen auf eine angebliche Kabinettsregierung. Deshalb habe ich auch beim Bekanntwerden des Interviews des „Daily Telegraph“ den Sachverhalt richtig gestellt und die Schuld auf mich genommen. Aber ich habe auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Volk nicht irre wird an dem Träger der Krone. Als preussischer Ministerpräsident habe ich die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die traditionelle Stellung der Krone gewahrt bleibt. In jenen schweren Tagen habe ich mich, wie mir jeder der vielen waterländisch gesinnten Männer hier bestätigen wird, als erster Republikaner betätigt. (Bravo!) Nur eins habe ich noch auf dem Herzen: Man verlangt eine schärfere Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wer ist denn daran schuld, wenn uns die Waffe dazu fehlt? Die bürgerlichen Parteien, die sie uns verweigert haben. Um wieder diese Waffe zu fordern, muß die Regierung die Überzeugung haben, daß die vorhandenen Mittel nicht ausreichen. Diese Überzeugung hat die Regierung noch nicht! Sätze der bürgerlichen Parteien aber ist es, die Regierung in der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu unterstützen durch Verzicht auf eine gehässige und vorläufige Kritik der öffentlichen Zustände. In dieser Beziehung ist bei uns gesündigt. (Zu!) Es hat noch keine Revolution gegeben, bei der die Massen nicht von oben und unten in Bewegung gesetzt sind. Wir müssen beschreiben, einfach und tüchtig sein, denn werden die Söhne behaupten, was die Väter erwarben. (Bravo! links.)

Abg. Herold (Fr.): Auf die Wahlrechtsfrage will ich nicht eingehen, da sie demnächst zur Beratung kommt. Die Stellung des Ministerpräsidenten scheint ja einer Wahlrechtsreform wenig günstig zu sein. Vom Falle Schilling ist viel zu viel Aufhebens gemacht worden. Die Staatsregierung allein hat einzutreten für die Politik, deshalb haben wir im Reichstage die Anträge auf Ministerverantwortlichkeit eingebracht. Der Herr Ministerpräsident hat an die Parteien die Mahnung gerichtet, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen; ich richte die gleiche Mahnung an die Staatsregierung. (Bravo! links.) Der Herr Ministerpräsident hat weiter die Mahnung an uns gerich-

Oliner Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

29 Sie flüsterten einige Zeit so leise miteinander, daß ein Nachbar von ihrer Unterredung nur etwa soviel hätte verstehen können, um daraus zu entnehmen, daß sich Jägin gegen Beschuldigungen des Fremden verteidigte und daß sich dieser in einer sehr gereizten Stimmung befand. Sie mochten etwa eine Viertelstunde geflüstert haben, als Monts — denn so hatte der Jude seinen Besucher mehrere Male genannt — etwas lauter sagte: „Ich wiederhole's Euch, es war schlecht ausgedacht. Warum habt Ihr ihn nicht hier behalten bei den anderen und ohne weiteres 'nen jämmerlichen Taschendieb aus ihm gemacht?' „Hör' einer an!“ rief der Jude achselzuckend aus. „Wollt Ihr damit sagen, daß Ihr's nicht gekannt hättet, wenn Ihr gewollt?“ fragte Monts unwillig. „Habt Ihr's nicht bei hundert anderen Knaben verstanden? Hättet Ihr höchstens zehn bis zwölf Monate Gebuld gehabt, so wär's Euch doch ein Leichtes gewesen, zu machen, daß er verurteilt und vielleicht auf Lebenszeit deportiert wurde.“ „Wem würde dabei gewesen sein gedient, mein Lieber?“ fragte der Jude im demütigsten Tone.

„Mir!“

„Aber mir nicht.“ Jägin faßt noch unterwürfiger fort.

„Wenn zwei Leute sind beteiligt bei einem Geschäft, so ist's doch nur billig, daß berücksichtigt wird der Vorteil beider.“

„Was weiter?“

„Ich sah, daß es nicht leicht war, ihn zu erziehen zum Ge-

schäft; er hatte nicht denselben Charakter wie andere Knaben.“

„Hol' ihn der Satan, nein! denn er wäre sonst schon längst ein Spitzhube gewesen.“

„Ich hatte kein Mittel in Händen, ihn zu machen schlimmer.“

fuhr der Jude, angestollt Monts Miene beobachtend, fort: „er hatte in nichts die Hand drin; ich konnte ihm mit gar nichts ein-

lagen Furcht und Schrecken, und wir arbeiten immer vergeblich, wenn das nicht angeht. Was konnt' ich tun? Ihn ausschicken mit dem Balldawener und Charles? Es geschah, und wir hatten genug an dem einen Male, mein Vetter; ich mußte zittern für uns alle.“

„Da's war meine Schuld nicht,“ bemerkte der finstere Monts.

„Freilich; nein, o nein, mein Lieber, und ich mache Euch auch keinen Vorwurf deshalb; denn wär's nicht geschieden, so wären Eure Missethäter nicht gefallen an den Knaben, und wir hätten vielleicht niemals gemacht die Entdeckung, daß er es war, den Ihr suchtet. Nun gut; ich bracht' ihn wieder in meine Ge-

walt durch die Nancy, und jetzt fängt sie an und wirft sich auf zu seiner Freundin.“

„Schämt ihr die Kette zu!“ sagte Monts ungebulbig.

„Geht jetzt eben nicht an, mein Lieber.“ versetzte Jägin lächelnd; „und außerdem machen wir in dergleichen keine Geschäfte; sonst wär' mir's schon lieb, wenn es geschähe über kurz oder lang. Monts, ich kenne diese Dirne, sobald anfängt der Knabe verhärtet zu werden, wird sie sich nicht kümmern um ihn mehr, als um 'nen Hohlhoh. Ihr wollt, daß er werden soll ein Dieb; ist er noch am Leben, so kann ich ihn jetzt dazu machen; und wenn — wenn —“

„Ist er freilich nicht wahrheitsfalsch — aber wenn sich das Schlimmste hat ereignet, und er ist tot —“

„Wenn er's ist, so ist's meine Schuld nicht!“ unterbrach ihn Monts mit bestürzter Miene und mit bebender Hand den Juden beim Arme fassend. „Wollt wohl, Jägin! ich habe keine Hand dabei im Spiele gehabt. Ich hab's Euch von Anfang an gesagt, alles — nur nicht, daß er sterben sollte. Ich mag kein Blut vergießen — es kommt stets heraus und peinigert einen außerordentlich.“

„Ist er totgeblieben, so kann ich nichts dafür; hört Ihr, Jägin?“

„Was — ist der Teufel in dieser verwünschten Spielwiese los?“

„Was war das?“

„Was — in aller Welt?“ schrie der Jude, Monts mit beiden Armen umfassend, als derselbe plötzlich im höchsten Schreden emporsprang. „Was — wo?“

„Dort!“ erwiderte der bebende Monts, nach der Wand gegenüber hinweisend. „Der Schatten — ich sah den Schatten eines Frauenzimmers in 'nem Mantel und Hute, wie 'nen Rauch an dem Tafelwerke dahingeleiten.“

Der Jude ließ ihn los, und beide stürzten aus dem Zimmer hinaus. Das vom Zugwinde flackernde Licht, das an der Stelle stand, wo es Jägin hingestellt hatte, zeigte ihnen nur die leere Treppe und ihre erblickten Gesichter. Sie hielten mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, allein die tiefste Stille herrschte im ganzen Hause.

„Ist nichts gewesen, als Eure Einbildung,“ sagte der Jude, das Licht aufhebend und zu Monts sich wendend.

„Ich will darauf schwören, daß ich's wirklich sah,“ versetzte Monts, fortwährend heftig zitternd. „Es beugte sich vor, als ich's erblickte, und verschwand, als ich zu Euch davon zu sprechen anfing.“

Der Jude warf ihm einen verächtlichen Blick zu, forderte ihn auf, ihm zu folgen, wenn es ihm beliebt, und ging voran die Treppe hinauf. Sie schauten in alle Gemächer hinein, begaben sich wieder hinunter auf den Gangflur, in die Keller, durchsuchten jeden Winkel, allein vergebens. Es war im ganzen Hause öde und still wie der Tod.

„Was meint Ihr nun, mein Guter?“ sagte der Jude, als sie wieder auf dem Gangflur standen. „Ist im Hause kein lebendiges Wesen außer uns und Toby Cradit und den Knaben, und die sind wohl verwahrt. Schaut!“

Er nahm zwei Schlüssel aus der Tasche und fügte hinzu, daß er, als er zuerst hinuntergegangen, Toby, Dawkins und Charles eingeschlossen habe, um jede Störung des Gesprächs unmöglich zu machen. Monts wurde wandelnd in seinem Glauben und er-

klärte endlich, daß ihm seine erhöhte Einbildungskraft einen Streich gespielt haben müsse, wollte die Unterredung jedoch für diesmal nicht fortsetzen, erinnerte sich plötzlich, daß ein Uhr vorüber sei, und das lebenswürdige Pärchen trennte sich.

Siebenundzwanzigtes Kapitel.

In dem die Unhöflichkeit eines früheren Kapitels bestmöglichst wieder gut gemacht wird.

Da es der geringen Person eines Schriftstellers schlecht an-

stehen würde, einen so wichtigen Mann wie einem Kirchspiel-

diener mit den Rockschößen unter dem Arme am Feuer stehen zu lassen, bis es dem Autor eben beliebt, ihn zu erlösen; und da ihm keine Stellung oder seine Galanterie noch weniger erlaubt, auf ähnliche Weise eine Dame zu vernachlässigen, auf welche beflagter Kirchspieldiener ein wohlgeordnetes und zärtliches Auge geworfen und in deren Tönen er süße Worte gelästert, welche, aus dem Munde eines solchen Mannes kommend, in den

Sergensseiten jeglicher Jungfrau oder Matrone Anklang finden:

so eilt der gewissenhafte Erzähler dieser Geschichte, der die gebührende Ehrfurcht vor denjenigen hegt, welche mit hoher und wichtiger Autorität bekleidet sind, ihnen jene Achtung zu zollen, welche ihre Stellung erfordert, und ihnen die ganze pflichtmäßige, rücksichtsvolle Behandlung angedeihen zu lassen, zu welcher ihr hoher Rang und folglich ihre großen Tugenden sie auf das vollkommenste berechtigen. Es war seine Absicht, zu diesem Zweck hier eine Abhandlung einzufügen, in welcher das göttliche Recht der Kirchspieldiener erörtert und der Satz, daß ein Kirchspieldiener kein Unrecht tun könne, ins Licht gestellt werden sollte, — eine Abhandlung, die für den verständigen und wohlgelesenen Leser sowohl angenehm wie nützlich hätte werden müssen: allein der Mangel an Zeit und Raum nötigt ihn unglücklicherweise, sie für jetzt noch zurückzustellen. Sobald es indes an Zeit und Raum nicht mehr gebricht, wird er zeigen, daß ein Kirchspieldiener in der wahren und höchsten Potenz — das will sagen, ein solcher, der beim Kirchspielarmenhaus angestellt ist — in seiner amtlichen Eigenschaft die Kirchspielkirche besucht — nach den Rechten und kraft seines Amtes alle Vortrefflichkeiten mit einem Worte die besten Eigenschaften der menschlichen Natur besitzt und daß bloße Vereins- oder Kapellen- oder Gerichtsdienste oder Rebellen auf jene Vortrefflichkeiten auch nur die mindelsten begründeten Ansprüche keineswegs machen können.

Mrs. Dumble hatte wiederholt die Teufelsgeschichte, die Andersons geordnet, den Mildtäter gepriesen und sämtliche Mobilien bis auf die Bierdebarkeiten der Stühle einer genauen Revision unterworfen, ehe er daran dachte, daß es nachgerade wohl Zeit wäre, daß Mrs. Cornes zurückkehrte. Sie ließ jedoch noch immer nichts von sich weder sehen noch hören, ein Gedanke pflegt einen anderen hervorzuheben, und so dachte Mrs. Dumble weiter, daß er sich zum Zeitvertreib nicht unschuldiger und göttlicher beschäftigen könne, als wenn er seine Neugier durch einen flüchtigen Blick in Mrs. Cornes's Kommode befriedigte.

In der Kritik der Regierungsmassnahmen vorsichtiger und
maßvoller zu sein; ich richte dieselbe Mahnung an die Regierung
bezüglich der Kritik der Parteien. (Beifall i. d. R.) Die Nach-
schärfung der Steuererhebung ist doch des Guten etwas zu
viel, und wenn wir da Widerspruch erheben, so ist das nur an-
gebracht. Durch die große und immer größer werdende Masse
der von Reich erhobenen Steuern wird die Reichsfreudigkeit
nicht erhöht. Die indirekten Steuern müssen dem Reich, die
direkten Steuern dagegen den Einzelstaaten belassen werden, und
wenn die Ausgaben des Reichs nicht durch die indirekten Steuern
gedeckt werden können, dann muß eben die Wirtschaftslage
eintreten. Deshalb sind wir auch gegen die Erhebung der direkten
Einkommensteuer durch das Reich. (Beifall i. d. R.) Die oft
empfohlene Sparanleihe möge man besonders üben bei den Aus-
gaben, Reise- und Repräsentationskosten der Beamten; auch
für eine Verringerung der Beamtenzahl sorgen. Die Selbst-
verwaltung der Gemeinden wird viel zu sehr eingeschränkt durch
die Aufsichtsbefugnisse, dadurch wird aber die Arbeitsfreudigkeit
in den Gemeinden vermindert. — Ich habe das Vertrauen zu
unseren Kommunen, daß sie ihre Selbstverwaltung auch durch
alle Hilfsmittel mit erhöhten Einnahmen nicht verlassen werden.
Bei den Landwirtschaftskammern, doch auch Instituten der
Selbstverwaltung, wird auf das genaueste bestimmt, in welcher
Weise die Zuschüsse zu verwenden sind. (Hört, hört!) Im Gan-
desrat sind die steigenden Ausgaben im Interesse des Hand-
werks zu begründen. Erfreulich ist auch, daß jetzt neue Gewerbe-
inspektoren für neue Bezirke angestellt sind. Im Landwirtschafts-
rat hätten mehr Mittel für die wichtigsten kulturellen Zwecke
ausgeworfen werden sollen. Dagegen könnte man an den Sum-
men für Verordnungen sparen. (Sehr wahr! i. d. R.) In Mecklen-
burg ist uns vorgeworfen, daß wir mit den Voten Sand in
Hand gegangen sind. (Sehr richtig! rechts.) Man sollte es aber
mit Freude als eine Annäherung der Voten an den preussischen
Staat begrüßen, daß sie auf der anderen Seite geschlossen für
den Kandidaten der Zentrumspartei eingetreten sind. (Bravo!
im Zentrum.) Unsere Hauptaufgabe ist, die durch zwei Jahr-
tausende geheiligte christliche Sitte aufrecht zu erhalten. In
diesem ersten Streben rechnen wir auf die Unterstützung aller
Volkstheile ohne Ausnahme. (Bravo! i. d. R.)

Abg. Dr. Bach (i. d. R. V.): Ich glaube im Sinne des
ganzen Hauses zu sprechen, wenn ich sage, Herr Bülow hat als
Konservativ gehandelt, wenn er das Vertrauen zwischen dem Für-
sten und dem Volke zu erneuern suchte. Wir wollen die Ver-
handlungen des Reichstags nicht erneuern. Was sie bezweckten,
ist erreicht: In den oberen Regionen ist Ruhe eingekehrt.
Hoffentlich wird es auch nicht mehr vorkommen, daß junge Für-
stenhöfe alten Professoren gute Lehren über ihr Wohnverhalten
geben. (Sehr gut! links.) Im Reich ist man jetzt dabei, ein
Ministerverantwortlichkeitsgesetz auszuarbeiten. Ein solches
Gesetz ist auch für Preußen notwendig, und ich erwarte, daß wir
bei diesem Streben auf die Unterstützung des Herrn Minister-
präsidenten rechnen können. Der Herr Ministerpräsident hat
einmal diesen Gedanken auf, beschränke ihn aber auf die frei-
willigen Parteien. — Die Reformierung des preussischen Wahl-
rechts ist eine notwendige Folge der Tatsache, daß das Reich und
Preußen unter einer Leitung steht. (Zuruf rechts: Weber!) Herr
Bülow kann sich nicht halten in eine Reichshälfte und eine
Landeshälfte. Die Wahlrechtsvorschriften für beide Häuser
müssen in Uebereinstimmung gebracht werden, damit treten wir
für die Ueberwindung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein.
(Widerpruch rechts.) Dieser Widerspruch bestätigt mir die Aus-
sichtlosigkeit dieser Forderung. Aber ist denn nicht eine Wehr-
beit vorhanden, damit wenigstens Schritte in dieser Richtung
getan werden können? Dürfen wir darauf rechnen oder nicht?
Das ist die Schicksalsfrage. (Bravo! links.) — Dem Gedanken,
daß in der Rede des Herrn Ministerpräsidenten wenigstens an-
gedeutet wurde, dem einen geschlichen Einkreisens gegen die
Sozialdemokratie, müssen wir vom vornherein entschieden
Widerstand entgegenstellen. Keinem Staatsbürger darf das
Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert werden. Die
geschichtlichen Erfahrungen sollten Ihnen klar machen, daß auf
diesem Wege kein Ziel ist. Die Tatsache, daß ein paar Sozial-
demokraten in das preussische Abgeordnetenhaus eingetreten sind,
ist doch nicht so verhängnisvoll, daß man darum die Rinde der
Verfassung ergreifen muß. (Sehr richtig! links.) — Den Fall
Schilling will ich nicht verallgemeinern. Ich weiß, daß es libe-
rale Kommunalbeamte gibt. Aber wegen seiner Schritten dürfte
Schilling nicht gemindert werden. Er hat nichts gesagt, was
nicht vor ihm gesagt worden ist und nach ihm gesagt werden
wird. Die Partei bei der Forderung der Verwaltungsstellen
müssen wir heute mehr denn je verlangen. Wir erkennen an,
daß der Grundgedanke dieser Partei jetzt in aller Form proklamiert
worden ist, und wir wünschen nur, daß der Herr Ministerprä-
sident in der Lage sein möge, diesen Grundgedanken auch durchzu-
führen. (Bravo! links.) — Die Behauptung des Herrn Minister-
präsidenten, daß die Parteien hier Forderungen aufstellen, um
sich bei ihren Wählern lieb zu machen, bestreite ich. Um
ihnen könnte Herr Bülow dem am besten dadurch begnügen,
daß er diese Forderung in die Einkommensteuer umsetzt. Wenn
die Wähler in monatlichen Raten dafür bezahlen müssen, werden
sie mit der rednerischen Freigebigkeit ihrer Abgeordneten we-
niger einverstanden sein. Der empfindlichste Punkt am menschen-
lichen Körper ist der Geldbeutel. (Sturm. Heiterkeit.) Das
Wort des Herrn Bülow: Rückkehr zur alten Sparanleihe ist
eine Forderung des Tages, unterschreiben wir. Mögen die Höfe
mit gutem Beispiel vorgehen! Sorge nun dafür, daß das
Defizit in unserer Politik nicht mehr die Rolle spielt wie
bisher. (Bravo! links.) Die preussischen Geländekarten bei den

Nachdem er daher an der Tür geklopft hatte, ob auch nie-
mand in der Nähe wäre, fing er seine Untersuchung bei der
unseren Schublade an, und die Kleider aus guten Stoffen,
welche er und, schienen ihm ausnehmend zu gefallen. In der
obersten Abtheile er eine verlockende Büchse, die er schüttelte,
und das Gelagelappler dächte seinen Ohren gar liebliche Musik.
Nachdem er sich eine Zeitlang daran ergötzt hatte, stellte er sich
wieder auf den Boden und sagte mit feierlich-ernster
Stimme: „Ich will, ich will durch ein schlaues, wohlgefaßtes
Gageln binzuzuführen zu wollen, was er doch für ein rüftiger,
lustiger und pfiffiger alter Knabe sei, und betrachtete endlich mit
vielen Vergnügen und Interesse seine Waden im Profil.
Er war noch in solche befriedigende Wadenschau vertieft, als
Mrs. Corney hastig hereintrat, sich atemlos auf einen Stuhl am
Kamin warf, mit der einen Hand die Augen bedeckte, die andere
auf das Herz legte und nach Atem rang.
Mrs. Corney, sagte Bumble, sich über sie beugend, was
ist Ihnen, Ma'am? Hat sich ein Unglück ereignet? Ich bitte,
antworten Sie mir; ich stehe hier auf — auf —“ Mr. Bumble
konnte sich in seiner Bestürzung nicht auf das Wort „Kohlen“
besinnen. Er sagte daher: „wie auf Zunderzungen.“
„O, Mr. Bumble,“ rief die Dame aus, „ich bin ganz wie zer-
schlagen!“
„Verschlagen — wie!“ ärzte Bumble. „Wer hat sich unter-
zogen — ah, ich weiß es schon,“ fügte er mit angeborener Würde
und Feinheit hinzu, „abermals so ein Stück von den spitz-
büchigen, gottvergessenen Armen!“
„Ich ist schrecklich, nur daran zu denken!“ sagte die Dame
schmerzhaft.
„O denken Sie nicht daran, Ma'am,“ sagte Bumble.
„Ich kann's nicht lassen,“ entgegnete Frau Corney zitternd.
„So fassen Sie sich durch einen Tropfen Wein,“ riet der
Sitzpfeidiener in mitleidigem Tone.
„Nicht um die Welt!“ erwiderte Mrs. Corney. „Es wäre
mir ganz unmöglich! Geistige Getränke — nein — nie — Ach,
ach! um das oberste Sinne rechter Dank; ach, ach!“
Die gute Frau hatte offenbar heftige Krämpfe und hatte schon
A. Befinnung verloren, als sie nach dem Gefährte hinwies.
Bumble stieg auf denselben zu, fand eine grüne Flasche darin,
nahm sie heraus, füllte eine Tasse mit ihrem Inhalt und hielt sie
der Dame an die Lippen.
„Wie ist wohl?“ sagte Mrs. Corney, nachdem sie die Arznei
getrunken hatte.

Bundesstaaten sollten als überflüssig aufgehoben werden. (Sehr
richtig! links.) Wer die Macht hat, braucht auf den Schein der
Macht keinen Wert zu legen. Aus den Domänen könnte mehr
erzielt werden, wenn ihre Neuverpachtung ausgeschrieben würde.
Herr Gerold hat mit Recht die Mängel unserer kommunalen
Selbstverwaltung kritisiert. Man hätte erwarten sollen, daß die
Regierung zum Jubiläum der Selbstverwaltung eine Aus-
gestaltung derselben herangezogen wäre. Eine Reform der
Städteordnung ist dringend nötig. Im Kulturbereich verlangen wir
vor allem Vereinerung der Lehrer von der 1. und 2. Ordnung der
Geistlichkeit. (Sehr richtig! links.) Die städtische Schul-
aufsicht sollte entweder durch Volksschulräthe ausgeübt oder
ganz beseitigt werden. Wir verlangen „christliche“ Daten.
Wer auf einen Liberalismus abzielt, der muß sich für sich selbst
bestimmen, nicht seine Grundsätze ins Leben überzuführen.
Der Herr Reichstag hat sich sehr wohl über die Sache geäußert.
Die Entwicklung von Preußen, die Herr Reichstag hat sich
glücklich in, was sie nicht freiheitlich ist. (Sehr richtig! links.)
Minister des Innern v. Moltke: Fast alle Vorredner
haben von der Notwendigkeit der Reorganisation der Ver-
waltung gesprochen. Es haben in dieser Sache Konferenzen statt-
gefunden mit den Oberpräsidenten und den Regierungspräsi-
denten, und es ist eine Fülle von Berichten darüber bei mir einge-
gangen. Das ganze Material zu sichten, war eine große mühe-
volle Arbeit, die aber überwunden ist. Es hat sich heraus-
gefunden, daß die Reorganisation ergeben. Es wurde festgestellt,
daß eine stetig zunehmende Belastung der arbeitenden Behörden, eine
gewisse, nach außen hin sich fühlbar machende Ueberbürdung
der Regierungstätigkeit und eine Häufung der Beamtenhöfe zu
ihrer Verwässerung. Es besteht eine Fülle von bürokratischen
Bestimmungen, welche die Beweglichkeit der Verwaltung er-
schweren. Diefelben Aufgaben werden von verschiedenen Be-
hörden bearbeitet, Aufgaben rein örtlicher Natur werden zum
Teil in der Zentralinstanz, zum Teil in der Zentralinstanz er-
ledigt. Daher der große Umfang der Vierschreiberei. Auch gibt
es viele überflüssige Instanzen. Auf allen diesen Gebieten bedarf
es aber nicht einer völligen grundlegenden Umgestaltung des
Bestehenden. Die Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Instanzen ist
vielmehr aufrecht zu erhalten. Es soll kein neuer Behördenauf-
bau konstruiert werden, sondern angemessene Zwischenbauten
sollen beseitigt und der Unterbau so gestärkt werden, daß er die
neuen Aufgaben besser und schneller übernehmen kann. Die
Reform soll sich nach vier Richtungen bewegen. Zunächst möchte
ich einleiten auf dem Gebiete einer Vereinfachung und Er-
neuerung des bürokratischen Geschäftsganges unserer Regie-
rungen. Die Geschäftsanweisungen, nach welchen die Regierung
arbeitet, stammen aus dem Jahre 1825 und sind fastlich ver-
altet und unbrauchbar. Es bedarf hier eines energischen Ein-
griffes gegen alteingewurzelte Gewohnheiten. Ich werde daher
auf großen Widerstand stoßen und mir zunächst bei den Be-
hörden keinen Dank verdienen. Auf den kommt es mir aber
auch nicht an, sondern auf die Sache. Es kann auf diesem Wege
viel Zeit und Geld gespart werden. Mit dem neuen Muster sind
bereits monatelang Versuche gemacht worden, die gute Erfolge
gehabt haben. Zweitens möchte ich vorschlagen, in der
Richtung der Vereinfachung einer gewissen Vereinfachung der
Behördenorganisation zum Zwecke der Zentralisation der Kräfte
und einheitlicher Verwaltung der Kräfte in den Bezirken und
Kreisinstanzen als notwendige Einleitung zu einer Zentrali-
sation der Verwaltung. Insbesondere habe ich ins Auge gefaßt
den Zustand des Landeskultus- und Meliorationswesens, das an
großer Zersplitterung leidet. Dann die Abwicklung der Geschäfte
der Generalassessoren, ferner kommt die Schulverwaltung
hier in Betracht. Zur Durchführung der auch von Ihnen ge-
wünschten Zentralisation wird es sich darum handeln, eine
Kreishauptstelle zu schaffen, welche die Aufgaben erledigen kann,
die von der Regierung delegiert werden müssen. Die vor-
handenen Faktoren, an die man anknüpfen kann, sind Landrat,
Kreisassessor, Kreisinspektion und Kreisarzt. Alle tech-
nischen Behörden sollen durch Dienstangehörigen in fruchtbarer
Beziehung zur Kreisverwaltung gesetzt werden. Gegenwärtig
ist es das Bild einer aufgelösten inneren Verwaltung, vor der
wir stehen. (Sehr richtig! rechts.) Als dritte Richtung be-
ziehe ich die Verbesserung der Verwaltung durch anderweitige
Verteilung der Dienstgeschäfte. Die Geschäfte müssen mehr an
Ort und Stelle in fruchtbarer Verbindung mit Land und Leuten
erledigt werden. Eine große Menge weniger wichtiger Geschäfte
kann nach unten abgegeben werden mit dem sicheren Erfolg der
Vereinfachung und Beschleunigung, der Verminderung des
Schriftverkehrs ohne jede schädliche Schädigung und zur Stärkung
des Verantwortlichkeitsgefühls der unteren Behörden. Dieser
Teil der Reform ist der schwierigste. Auf diesem Gebiete werden
auch gesetzliche Maßnahmen unerlässlich sein, die Ihnen als ein-
zelne Vorlagen zugehen werden. Viertens wird die Reform sich
erstrecken auf die Vereinfachung des Instanzenzuges, wovon ein
Entlastung für die Selbstverwaltungsbehörden zu erwarten ist
und die auch im Interesse der Rechtshandlung liegt. Dieser Teil
der Reform kann aber erst ihren Schluß finden. Die
Grundzüge der Reform sind vom Staatsministerium gezeichnet.
Jeder Eingeweihte wird erkennen, daß es eine große und schwere
Aufgabe ist, die ich mir gestellt habe. Sie muß mit aller Energie
durchgeführt werden, wird aber, wie ich hoffe, zum Segen des
Landes gereichen. Ich erbitte dazu Ihr gütiges Wohlwollen und
Ihre Hilfe. (Bravo!)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mit-
woch 11 Uhr.
Schluß 4 Uhr.

Parteinachrichten.

Von der Parteipresse. Ein Sparverein Schwäbische
Volkzeitung ist in Augsburg gegründet worden. Er
soll die Mittel schaffen für die Errichtung einer eigenen Buch-
druckerei, in der das Parteiblatt „Schwäbische Volkzeitung“
gedruckt werden soll.

Personalien. In die Redaktion der „Arbeiterzeitung“
zu Dortmund tritt am 1. April der frühere Redakteur der
„Leipziger Volkszeitung“, Genosse Georg Deyer, jetzt in Bres-
lau schriftstellerisch tätig, ein.

Antifeministische Agitation vor Gericht. Vor dem Schöff-
engericht Stuttgart wurde am letzten Sonnabend ein Ver-
leumdungsprozeß des Sekretärs des Deutschen Nationalen Ver-
einigungsbundes Thomas v. Berlin gegen den verant-
wortlichen Redakteur der „Schw. Tagwacht“, Genossen West-
meyer, verhandelt. Die „Tagwacht“ hatte das Auftreten
Thomas und seiner Getreuen in einer Versammlung während
der letzten Kaufmannsgerichtswahlen aufs schärfste kritisiert.
Die Versammlung war einberufen vom Verein Deutscher Kauf-
leute. Durch die Deutschen Nationalen wurden unangenehme Ein-
stellungen heraufbeschworen. Thomas erging sich in den schmerz-
haften persönlichen Beleidigungen der Gegner. Die Beugen (Stadt-
anwalt Payer II und andere) erklärten, daß eine Verleumdung
noch nicht beigegeben zu haben. Die Schuld treffe die Deutsch-
nationalen und insbesondere den Herrn Thomas. Der Kläger
Thomas beantragte, von einer Geldstrafe abgesehen, daß diese
die Partei trage; das Gericht möge auf eine „exemplarische
Strafe“ erkennen. Der Verteidiger gab ein Charakterbild des
Thomas, das für letzteren wenig schmeichelt war. Der Beweis
dafür, daß Thomas mit Verleumdungen arbeite, sei vollbracht,
auch daß er seine Diskussionsrede mit einer Gemeinheit be-
gannen und mit einer Hundsgemeinheit geschlossen habe. Der
Vericht stimme genau. Das Gericht erkannte auf 40 Mk.
Geldstrafe, Publikation des Urteils usw. Das Urteil wird Herr
Thomas wenig befriedigen.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Vereins-Kalender.

Donnerstag.

Männer-Gesangverein „Sonnung“ abends 9 Uhr bei Fischer,
Herforderstraße.

Arbeiter-Gesangverein „Solidarität“ 9 Uhr bei Dellinger,
Schmiedestraße.

Arbeiter-Gesangverein „Frisch Auf“ 9 Uhr bei Indickel.

Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“, Gadderbaum 9 Uhr bei
Brackel.

Bitterklub „Alpenklinge“ 9 Uhr bei Lange, Teichstraße.

Ritter-Quartett-Verein 9 Uhr bei Sagemann, Heeperstraße.

Freie Turnerschaft Viefelsfeld, Abt. „Frisch Auf“ 8 1/2 Uhr bei
Zulamp, Engersdorfstraße.

Arbeiter-Turnverein „Westfalia“ 8 1/2 Uhr bei Holz, Restoran-
zum Siegfried.

Freie Radfahrer-Vereinigung Viefelsfeld, Abteilung 3, 1/2 9 Uhr
bei S. Lohmann.

Regellklub „Damberger Wappen“ 8 1/2 Uhr bei Vogt, Hallerweg.

Regellklub „Einigkeit“ abends 9 Uhr bei Beckmann, Kl. Dowe.

Radfahrerklub „Eisrad“ 9 Uhr bei Freudenau, Heeperstraße.

1. Viefelsfelder Wandtonn-Klub 1/2 9 Uhr bei Tugborn, Bleichstr.

Guttemplerorden, Loge „Westfalenland“, 8 1/2 Uhr.

Sieger. Arbeiter-Radfahrerklub „Wanderlust“ bei Sittig,
Detmolderstraße.

Brackelwebe. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 8 1/2 Uhr bei
Karl Schröder.

Schilbesche. Gesangverein „Heiderose“ 9 Uhr bei Siekmann,
Herforderstraße.

Schilbesche. Radfahrerklub „Fliegender Adler“ 9 Uhr
bei Krämer.

Schilbesche. Kraft-Sport-Verein 1/2 9—11 1/2 Uhr bei Wirt
Schäpersmann, Wilhelmstr. 17.

Schilbesche. Guttempler-Loge „Rote Erde“ 8 1/2 Uhr bei Grot-
haus, Amselfstraße 7.

Nahenhausen. Regellklub „Freie Bahn“ 8 1/2 Uhr bei Rößle.

Seepen. Turnverein „Jahn“ 8 1/2 Uhr bei Wirt Müller.

Ueberdissen. Radfahrerklub „Victoria“ 9 Uhr bei
Tiggel, Hölfling.

Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr bei
Brünn.

Derford. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 8 1/2 Uhr bei
Liedtke.

Derford. Arbeiter-Turnverein „Sittigberg“ 9 Uhr bei Wirt
Tiemeier.

Derford. Arb.-Turnverein „Einigkeit“ 8 1/2 Uhr bei Wirt
S. Freitag, Ahmerstraße.

Speng. Arbeiter-Gesangverein „Solidarität“ 8 1/2 Uhr bei
Wirt Rippelmann.

Dettinghausen. Arbeiter-Gesangverein „Solidarität“
8 1/2 Uhr bei G. Lohr.

Siedlenger. Gesangverein „Einigkeit“ 9 Uhr.

Detmold. Arbeiter-Radfahrerklub „Vorwärts“ 9 Uhr.

Minden. Arbeiter-Sängerbund 8 1/2 Uhr: Gemischter Chor.

Städtisches Museum, Herford.

Vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1908 sind dem Museum
folgende Geschenke zugegangen:

- Herr Max Horkmann: Schachtel mit Münze vom
Bein, 42 Silber- und Kupfermünzen.
- Herr Max Horkmann: Große Photographie. König
Wilhelm im Kaisertrakt steht auf der Karte von Frank-
reich, mit scharfem Schwertschnitt. Es sind und Vorbringen
demonstrations. Das 1871 erdichtete Bild hat nur 24
Stunden ausgelegen, als auf Befehl des Kaisers die ganze
Anlage zurückgezogen werden mußte.
- Herr Christ. Quentz: Erinnerungsblatt zum Abchied
des Geh. Regierungsrats Quentz.
- Herr Adolf Korte, Elberfeld: Gewebemuster früherer
Jahrhunderte, Beitrag zur Geschichte der Webkunst von
Paul Sauer, Leipzig; Theob. Martin.
- Verein der Männer vom Morgenstern in Bremer-
haven: a) 8 Jahresberichte des Vereins von 1898 an, b) Ge-
schichte des Landes Wurten, 2 Teile.
- Städtische Verwaltung: Die Kunstdenkmäler des
Kreises Mecklenburg v. Lubow.
- Westfälische Volksbank, überreicht
von Herrn Rud. Siekmann: 43 Silber- und Kupfer-
münzen.
- Herr D. Diekmann, in Firma Diekmann u. Müller,
Herford: Tabakasser, Platten mit 4 stimmigen Melodien,
Büch.
- Kirchenvorstand der Johannis-Gemeinde: Gedrehte
Holzsäule (Barock) mit Kapitäl vom alten Gefäß der Neu-
städter Kirche.
- Herr Vogt, Walsgerstr. 219: Kleine Totenurne.
- Herr Christ. Welling, Gärtner: Ein von einem Chi-
nesen erworbenes mongolisches Goldstück von eigenartlicher
Form, cash genannt.
- Herr Richard Biedelmann: a) Schriftstück, Aufforderung,
eine Normaluhr für das Rathaus zu beschaffen mit lithogr.
Anlagen 1854. b) Herforder Feinzieg 1894.
- Herr Herm. Menges: a) Aufruf des Herf. Ver. für Fei-
nen u. w. 1854, b) Eintrittskarte zum Wettrennen 19. Sep-
tember 1868 am Bahndamm.
- Schüler Franz Löcher: Gerichtsordnung des preussischen
Staates, 1795.
- Herr H. Heide mann: 4 Kreisblätter mit Berichten über
das Wandern 1908.
- Herr Schubmacher Euseb: Mehrere Münzen.
- Herr Kaufmann Hildebrand, Waderstr. 6: Sechs ein-
gerahmte Bunte Bilder: Darstellung aus Moses Leben.
- Frau Wwe. Brod mann: Französisches Seitengewehr
und Reiterpistole aus dem Kriege 1870/71.
- Herr Kirchmeister Niedermöller: Alte Kalkanten-
schelle an der Neustädter Kirche.
- Frl. Bob. Johannist: Kammacher-Werkbank vom ver-
storbenen Herrn Bob. übergeben von Herrn Niedermöller.
- Herr B.: Tabakbeutel von Verlenard, alte Schnupftabak-
dose, 2 eingerahmte Bilder, Hannoverische Elle, kunstvoll
gearbeitet.
- Herr Fabrikant Henning: Mehrere Schriften.
- Herr Feinr. Grefelmeier: 2 Flachsheide.
- Herr Galmann, Bräuerstr.: Dinterschulhebrbibel,
Karl Stoffsches Volkskalender von 1842, engl. Werk über
Newport.
- Frau Hilgrim: Ein Spiegel, Barock von 1750.
- Herr H. Heide mann: Schühelieder, 1869.
- Herr Vogt, Walsgerstr.: Große Totenurne.
- Herr Fuhrunternehmer Wehmeyer, von Herrn Matthias
überreicht: 1 große und 1 kleine Totenurne aus der Werre-
straße.
- Herr Ferd. Kopka: Kleine dreifüßige Toturne und eine
Totenstange, gefunden beim Ausschachten in der Auguststraße.
- Geh. Regierungsrat Quentz: 4 Reitungsschblätter von
Karl Rindermann aus dem Jahre 1851: Der Hahn, die
neue Hechel, der neue Courtier, die Waage (Kemp).
- Große Anzahl Bücher und Druckachen aus dem Nachlaß
des verstorbenen Direktors Burgdorf, überreicht von Herrn
Oberlehrer Dr. Reumann.
- Herr B.: 18 Münzen und Medaillen.
- Herr Stellmacher Wehmeyer: 8 Münzen.
- Herr Tengel: 1 Münze.
- Herr Direktor Werther: Patronenbüchsen zum Magazin-
gewehr, Schrapnellfugeln und andere Geschosse.
- Herr Max Horkmann: Silber- und Kupfermünzen.
- Herr Linneweg: Festsenteller: 2/3 Talerstück, Hannover,
1807.
- Herr Bankbote Schäfer: Münze von 1818.
- Herr H. Sievers: Kreuzer von 1744.

Für alle Geschenke sagen wir hiermit besten Dank.

Abonnementpreis
für Viefelsfeld und Umge-
gend bei sämtlichen Agen-
tens Haus gebracht 60 Pf.
sich. Durch die Post
1,80 Mk. vierteljährlich
Befehlsgel.
Einsendungs-
mit Ausnahme der S-
Feiertage täglich nach
Fernsprech-Anschluß

Mr. 18.

Die heutige

Verein

16. Sitzung vom
Am Ministertisch
Zunächst wird ge-
tommission die Ge-
Widerlage Wehrin-
vom Abgeordneten
Hierauf wird die
Abg. Heiman
Anrede des Hauses
des preussischen Sta-
aus den Ueberlieferun-
Die direkte Besteue-
Hauses hervorgegan-
nisse, weil infolge de-
nicht anderes übrig
im übrigen eine ge-
größten Vorteil hat
der Februarerlasse
Preußen so gut wie
als geschäftsführend
sen. An einem R-
beuteln, aber läßt
Eisenbahnminister
bessere Vöbne zahlen
gen. Und im Zah-
bahnaminister in ab-
Eisenbahnbau: ite-
allen müsse auf die
Aljo die staatlichen
Februarerlasse zu-
bei den Soz.) Tri-
trieben, die dem C-
erklärt, der Herr C-
der Landwirtsch.
bei den Soz.)
wirtschaftlichen Zw-
wird. Sie u.
Räumung dieses
Landesgaben, w-
den die Arbeiter a-
bienen. Bei der
Beteiligung, indem
bestehenden Arbei-
schnittslohn von 12
Eisenbahn - Präsi-
mit ihrem Ein-
find, Verträge über-
nehmergruppen zu
abgeschlossen, aber
lich die Mittel nicht
der letzten Lohnstei-
pro Woche. (Hört,
Arbeiter ist um
feinerzeit ausdrück-
stellt, weil er ihnen
Zu bin so optimist-
werde, daß auch S-
verstanden sind, so
Gibt aber das Da-
wird alles beim al-
Eisenbahnminister
frauen. In seiner
bet er ja ganz ma-
die furchtbare Ar-
punkt des geistig-
meinte, der Wirt-
des Ausruhens.
überleben, daß der
hungern will. (S-
in Preußen bezie-
ständen nicht men-
haben. (Hört, hört,
Verhältnis zu den
direkten Steuern
hört!) 1907 bet
Millionen. Dabo
Einkommen aufste-
Gut lehren wir n-
unteren Beamten
ändern wichtigen
Beamten den W-
vertrifft sind, mi-
her gewundert, ob
Weise, wie er es
genommen hat, die
titionsrecht wahr-
hoffe, die Beamte
Wahrnehmung ihr-
gut! bei den Soz.)
ist selbstverständl-
äußere Nachschiff
tiefen der herrlich
hemmen können (in
den Soz.) Der
gezeigt: „Es gibt
Ausdruck der öffe-
klassenwahlstimm.“
diese Behauptung
daß 8 Prozent
kommen in der V-
Soz.) Die Erklärung